Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

19.5.1892 (No. 113)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reclamen 30 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Akademiestraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 113. Donnerstag, den 19. Mai 1892.

? Was soll es bedeuten?

Das Ergebniß der zweitägigen Debatte über direktes und indirektes Wahlsystem bedeutet eine grosartige Niederlage für die Gesammtregierung, an erster Stelle für Herrn Staatsminister Turban.

Die Debatte selbst verlief insofern sehr günstig für ihn, als seine herausfordernde Erklärung mit ihrer höchst schwachen Begründung äußerst nachsichtig kritisirt wurde. Wäre die Rednerliste erschöpft worden, also die ganze Reihe der angemeldeten Redner zu Worte gekommen, so wäre zweifelsohne mehr als eine Frage aufgeworfen worden, deren Beantwortung für den Herrn Staatsminister nicht komplimentös hätte ausfallen können. Es war doch sicher sehr stark, daß er behauptete, nach den letzten Wahlen hätte mancher sich fragen müssen, ob er denn auch richtig gehandelt habe. Es darf als sicher angenommen werden, daß kaum ein Wähler da war, dem das Ergebniß der letzten Wahlen nicht einige Gedanken aufdrängte, namentlich wenn er dabei noch an das Ergebniß der Reichstagswahlen vom Februar 1890 dachte. Und noch jetzt ist nicht an letzter Stelle die Frage am Platze, ob es denn konstitutionel betrachtet in Ordnung ist, daß nach solchen Wahlergebnissen Männer wie Turban und Eisenlohr überhaupt noch am Regierungstische sitzen und daß Staatsminister Turban den Muth finden kann, so zu sprechen, wie er gesprochen hat. In seinen Augen steht es noch nicht fest, ob die Stimmung und Meinung des Volkes wirklich für das direkte Wahlsystem ist und man wird annehmen müssen, daß er von dem überzeugt ist, was er sagte. Wenn aber letzteres der Fall ist, dann ist der Zweifel daran berechtigt, ob er selbst jene Klarheit des Blickes und jene Sicherheit des Urtheils hat, die erforderlich ist, um in so hoher und verantwortungsvoller Stellung das Richtige zu treffen.

Er hatte den Muth, von Verhetzung der Wähler zu sprechen und von Irreführung derselben. Mit gutem Grunde hat der Abg. Buol ihm entgegen gehalten, daß, wenn irgend etwas dazu angethan war, die Stimmung und Meinung der Wähler nicht zum klaren Ausdruck kommen zu lassen, das Gratulationsschreiben es war, das er Wahl-Erlaß bezeichnen dürfe. Ja! Wenn irgend Etwas dazu angethan war, die schlimmsten Leidenschaften wachzurufen, dann war es das unerhörte Eingreifen des Ministeriums Turban in den Wahlkampf — unerhört in der Art wie im Maße. Staatsminister Turban hat Gefahren an die Wand gemalt, welche das direkte Wahlsystem im Gefolge haben soll. Der nationalliberale Abg. Wilckens hat überzeugend nachgewiesen, daß seine diesbezüglichen Ausführungen nicht zutreffend waren. Das aber kann Niemand bestreiten, daß die Turban'sche Art in den Kampf der Parteien einzugreifen, wirklich große Gefahren in sich birgt. Wenn Hunderttausende von Wählern, die loyale und treue Unterthanen sind und bleiben wollen, genöthigt werden, sich auf ihre politischen Rechte gegenüber dem Landesherrn zu besinnen und zu berufen, dann ist es doch in Wahrheit bedenklich; wenn das bis vor Kurzem leitende Blatt der ministeriellen Partei mit begründeter Berufung auf das Turban'sche Gratulationsschreiben einem Theil der Wähler zurufen konnte: hört auf die Stimme des Großherzogs und nicht auf die eines Wacker, dann ist es doch wahrlich sehr schlimm und sind gewisse Interessen thatsächlich gefährdet, deren erstberufener Hüter und Wächter der Staatsminister ist; wenn der Träger der Krone zu Gunsten einer bestimmten Partei und zur wirksamen Bekämpfung anderer Parteien in den Wahlkampf hineingezogen wird, ist es stets eine Gefahr, selbst wenn es mit Erfolg geschieht — doppelt gefährlich, wenn ohne Erfolg. Und letzteres ist ja das Charakteristische des Wahlergebnisses vom Oktober 1891.

Im Uebrigen war es schon in die Augen fallend, daß Staatsminister Turban überhaupt sich zeigte. Diese Ehre ist den Abgeordneten bis jetzt selten zu Theil geworden, was bezüglich der Kammerverhandlungen allerdings dazu seine Erklärung findet, daß er nicht mehr die gleiche Stellung in der Gesammtregierung einnimmt wie früher. Allein auch außerhalb der Kammer führt er den Abgeordneten gegenüber das reinste Stillleben in verdorgener Zurückgezogenheit. Als es sich darum handelte, den Posten eines vierten Ministerialpräsidenten zu bewilligen, da spielte in seiner eigenen Schilderung seiner schweren Arbeitslast auch die Repräsentation mit ihren zeitraubenden Mühen eine große Rolle. Bekanntlich bezieht der Staatsminister eine schöne Summe extra, um die finanziellen Folgen der Repräsentationspflichten auszugleichen. Die Abgeordneten sind aber nicht in der Lage, auf Grund eigener Wahrnehmungen von diesen Repräsentationslasten und Kosten erzählen zu können. Seit 6 Monaten tagt die Kammer und ein einziges Mal in dieser langen Zeit hatten die Herren Gelegenheit, sich beim Staatsminister zusammen zu finden. Das seltene Fest des 40jährigen Regierungsjubiläums ist bei versammeltem Landtage gefeiert worden. Selbst bei diesem Anlasse hat das Staatsministerium die Kammer nahezu ignorirt. Wenn man also auf Grund dieser Wahrnehmungen urtheilen wollte, dann könnte man kaum anerkennen, daß mit dieser Repräsentation besonders viel Zeit- und Geldaufwand verbunden ist und eine starke Reduktion des bezüglichen Ausgabepostens erschiene gerechtfertigt.

War Turban's Erscheinen an sich in die Augen fallend, so war seine Stellungnahme zur Frage, welche die Kammer beschäftigte, in hohem Maße überraschend. Für die Oppositionsparteien konnte sie nur erfreulich sein, der bisher herrschenden Partei mußte sie Verlegenheit bereiten.

Sie sprach die denkbar entschiedendste Ablehnung alles dessen aus, was von verschiedenen Seiten vorgeschlagen war. Keinerlei Aenderung des Wahlsystemes, keinerlei Aenderung irgend welcher Bestimmungen der Verfassung! Eindringlich warnend bat er die Kammer resp. die nationalliberale Mehrheit derselben, doch ja nicht irgendwie an der Verfassung rütteln zu wollen.

Das schuf in der That eine ganz neue Situation für die Nationalliberalen wenigstens. Zum Glück für sie hatten sie Zeit, sich vom Erstaunen zu erholen und sich auf einen Ausweg zu besinnen. Wenn sie die Segel strichen, dann war ihre ganze Haltung in der Frage des Wahlsystems auch dem blödesten Auge als Komödie entlarvt. Zogen sie sich vor Turban zurück, dann hatte dieser nahezu die ganze Kammer gegen sich und zwar in einer sehr wichtigen Frage von hoher principieller Bedeutung. In diesem Falle mußte er fast nothwendig mit seinem Rücktritt Ernst machen.

Die Klugen unter den Herren wußten Rath. Der Abg. Fieser hat in seinem Schlußwort, welches ein beredter Zeuge seiner ausgesprochenen Schlauheit und großer Gewandtheit ist, behauptet, das Charakteristische der zweitägigen Verhandlung sei die Rede des socialdemokratischen Abgeordneten Dreesbach gewesen. Das war keineswegs zutreffend. Das charakteristische Moment war vielmehr Wilckens und die Rede, die er Namens der Mehrheit der Nationalliberalen hielt. Charakteristisch ist dieses Moment, weil jeder unterrichtete Politiker beim Anhören der Rede sofort sagen oder doch denken mußte: siehe da, den „kommenden Mann." Den „kommenden Mann" wenigstens für die nationalliberale Partei. Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß Fieser's Zeit als Fraktionschef abgelaufen ist. Dieser Platz muß also besetzt werden und es ist für die Zukunft der Partei gar nicht gleichgiltig, wie die Besetzung erfolgt. Und auch Lamey's Zeit ist vorüber; nach seiner eigenen Versicherung wird er nicht wieder kommen. Auch sein Platz als Kammerpräsident wird also leer und höchst wahrscheinlich wieder durch einen Nationalliberalen zu besetzen sein, da sie jedenfalls die stärkste Fraktion bleiben werden. Dieser Situation sind sich die Herren Wilckens und Gönner sichtlich sehr bewußt und es mag damit im Zusammenhang stehen, daß Gönner sich nicht bewegen ließ, in der Altkatholikendebatte das Wort zu ergreifen. Es wird ihm übrigens schwer werden, das nachzuholen, was Wilckens vor ihm voraus hat.

Allein auch nach Oben hatte das Wilcken'sche Auftreten mindestens den Anstrich einer Anmeldung und Empfehlung. Er hielt den Turban'schen Versicherungen das direkte Gegentheil entgegen und hatte die Wahrheit und Konsequenz auf seiner Seite. Unter solchen Umständen wäre es nicht absonderlich zu verwundern, wenn Oben die Ansicht zum Durchbruch käme, daß mindestens ein Personenwechsel am Platze wäre, auch wenn der „alte Kurs" beibehalten werden sollte.

Das zweite charakteristische Moment der zweitägigen Debatte war das vollständige Schweigen der beiden Regierungsvertreter Turban und Eisenlohr am zweiten Tage der Verhandlung. Turban machte dabei den Eindruck eines Mannes, mit dem man nicht mehr zu rechnen braucht; Eisenlohr den eines Mannes, der rechnet. Die Herren Fieser und Schlosser haben ihn während der Debatte in den Wandelgängen der Kammer über die Situation der nationalliberalen Fraktion orientirt; Ersterer hat dann auch in seinem Schlußwort sehr deutlich gesagt, was Turban oder Eisenlohr hätte erklären können, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, welche der Kompromißantrag der Regierung biete, falls sie ihn annehmen und ausführen wollte. Allein die Herren beharrten in unbedingtem Schweigen.

Haben sie geschwiegen aus Verlegenheit, dann sind sie nicht am richtigen Platze, denn Minister müssen sich solchen Situationen gewachsen zeigen. Haben sie geschwiegen, weil es ihnen nicht der Mühe werth schien, zu sprechen, dann haben sie — wenn auch im Verborgenen — die Kammer beleidigt. Eisenlohr mag kalkulirt haben: wird der Kurs der Turban'schen Erklärungen verlassen, dann habe ich nichts gesprochen, bin also nicht engagirt; wird er beibehalten, so hat Turban auch für mich gesprochen, ich bin also salvirt. Zwar hat die „Bad. Korr." die Nationalliberalen ob ihrer Haltung in dieser Frage ordentlich abgekanzelt, was einem Angriff aus dem Busch heraus ähnlich sieht. Hr. Eisenlohr hatte ausgiebig Gelegenheit, in aller Oeffentlichkeit ein offenes und klares Wort mit dem Herrn zu sprechen. Nachdem er diese Gelegenheit nicht benützt, sondern geschwiegen, wo man allgemein ein reden von ihm erwartete, nimmt es sich mindestens nicht nobel aus, wenn nun sein Organ in Form einer Abkanzelung nachträglich das Reden besorgt. Es braucht ja nicht gesagt zu werden, daß der betreffende Artikel nicht dem Kopfe des Herrn Julius Katz entsprungen ist.

Indessen trägt der nachträgliche Ausfall der „Bad. Korresp." einfach der Stimmung Rechnung, die gegenwärtig Oben herrscht und sie ist ja das Organ des Herrn Eisenlohr. Sollte diese Stimmung sich ändern, so wird Niemand ihm nachweisen können, daß er den Artikel geschrieben hat.

So liegt die Sache für Turban—Eisenlohr. Staatsminister Turban drückt zu lange an seinem Rücktritt herum und scheint so lange warten zu wollen, bis es aller Welt klar ist, daß er hinausgedrückt werden muß, um den Weg aus der Regierung heraus zu finden. Mit seiner Erklärung vom 13. Mai und der Kammerabstimmung vom 14. Mai hat er das letzte Blatt in der Geschichte seiner ministeriellen Laufbahn mit schwarzer Tinte überschüttet und damit das Ganze verdolgt. Er mag sich mit seinem Vorgänger Lamey trösten, dessen parlamentarischer Abschluß auch stark verdolgt ist.

Deutschland.

Berlin, 17. Mai.

Wie auf das Bestimmteste verlautet, erfährt der Besuch des italienischen Königspaares in Berlin nicht den geringsten Aufschub. Auf der Rückfahrt wird König Humbert mehrere Stunden in Frankfurt a. M. verweilen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." meint gegenüber der „Voss. Ztg." und anknüpfend an Ahlwardt's Treiben und den regelrechten Gang der Untersuchung, es müsse eine Rechtsform gefunden werden, durch welche der Einzelne in der Respektirung seiner Persönlichkeit besser geschützt werde als bisher. Es entspreche nicht dem Recht und der Billigkeit, wenn ein Verleumder ungestört weiter sündigen dürfe in Wort und Schrift, während der Angegriffene nach seine Gegenwehr im Strafantrag betreibe.

— Eine von Berlin aus zu ganz bestimmten Zwecken in die Welt gesetzte falsche Nachricht von einer ernsten Erkrankung des Sultans hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg." feststellt, in der „Allg. Reichs-Korresp.", die bekanntlich russische Beziehungen unterhält, ihren Ausgangspunkt. Nach den Informationen des officiösen Blattes ist die ganze Intrigue klar gestellt und mit allen Details zur Kenntniß des Sultans gebracht worden. Sie sollte dazu dienen, den deutschen Einfluß in Konstantinopel brach zu legen und ging natürlich von Rußland aus.

— Nunmehr ist ein planmäßiges Vorgehen zur Beschaffung eines Garantiefonds der Berliner Weltausstellung gesichert. Vier hiesige industrielle Vereine, der Verein der Berliner Kaufleute und Industriellen, der Verein für Gewerbefleiß, der Verein für Kunstgewerbe und der Verein 79iger entsenden Delegirte zu einer freien Vereinigung, um die Bildung eines Garantiefonds für die Berliner Weltausstellung planmäßig zu betreiben.

— Nach der „Kreuz-Zeitung" wird mit dem am 25. Mai von Hamburg abgehenden Postdampfer „Reichstag" der für die Borchert'sche Expedition bestimmte Dampfer „Karl Peters" nach Ost-Afrika abgesandt.

— Ein Privattelegramm des „Berliner Tageblatts" aus Sansibar meldet, der Oberhäuptling der Wahehe reise am 20. Mai nach Dar-es-Salaam ab, um unter Vermittlung des Bischofs Courmont mit den Deutschen Frieden zu schließen.

München, 17. Mai. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte der Kriegsminister, eine Aenderung des Reglements für den Gebrauch der Schußwaffen durch die Posten für angezeigt und die Veröffentlichung seines Erlasses über die Soldatenmißhandlungen durch ein Berliner socialdemokratisches Blatt als eine Dienstverletzung seitens eines anscheinend untergeordneten Dienstorgans.

Im Banne geheimer Mächte.

40) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Am nächsten Vormittage verfehlte der unermüdliche Amerikaner nicht, sich zeitig zu einem Morgenbesuch bei seinem Freunde Blanctot einzustellen, um möglichst zu erfahren, in welcher Weise dieser Wort halten werde. Zu seiner angenehmen Ueberraschung war Alles bereits geschehen. Blanctot hatte soeben Fortier, den Gardiner noch bei ihm antraf, zu sich beschieden lassen und ihm unter Ermahnung zum Wohlverhalten seine Ueberweisung in die dritte Sträflingsklasse verkündet; Robin, wie der Amerikaner von seinem diensteifrigen Freund und Wirth erfuhr, war schon vorher zu diesem berufen und unter eindringlicher Rüge seines Verhaltens zur Strafe auf vierzehn Tage des Dienstes enthoben worden, während welcher Zeit der Kommandant das Geschehene der Generaldirektion der Kolonie melden und das Strafverfahren gegen ihn einleiten werde.

Ein günstiger Zufall wollte, daß Blanctot in diesem Augenblicke zu einer kurzen Rücksprache mit einem seiner Beamten abgerufen wurde. Er war im Begriff, dem meldenden Wächter den Auftrag zu geben, Fortier, der noch stumm und bewegt im Zimmer stand, hinwegzuführen, als sich Gardiner schnell entschlossen mit einer Bitte an ihn wandte.

„Würden Sie mir gestatten, einige Worte zu diesem Manne zu sprechen?" sagte er, auf Fortier deutend. „Ich will ihm Nachricht von seiner Familie geben, ihm mittheilen, zu wie großem Dank er seiner Milchschwester verpflichtet ist —"

„Gewiß, gewiß, mein theuerster Mr. Gardiner," unterbrach ihn Blanctot eifrig. „Dem steht nichts entgegen, ermahnen Sie ihn, halten Sie ihm vor, daß er sich als ein braver Milchbruder zeigen muß. — Warten Sie im Vorzimmer, um den Gefangenen zurückzutransportiren, wenn der Herr mit ihm gesprochen," befahl er dem Wächter. „Entschuldigen Sie mich, Mr. Gardiner: in fünf Minuten bin ich wieder hier!"

„Sie verdanken die Verbesserung Ihrer Lage mir," sagte der Amerikaner hastig und mit gedämpfter Stimme zu Fortier, sobald sie allein waren. „Wissen Sie es?"

„Ja, ich weiß es."

„Oder vielmehr einem Ihrer Gefährten von der „Saone", Bérard, der mich zu dem bestimmte, was ich für Sie gethan," fuhr der Amerikaner fort. „Er sagte mir: setzen Sie in Fortier volles Vertrauen, und ich habe auf sein Wort gebaut. Habe ich recht daran gethan?"

„Sie thaten recht, Sie dürfen mir vertrauen," erwiderte Fortier, dem Blicke Gardiner's fest begegnend. „Ich weiß von Bérard, daß Sie hier sind, er sagte mir, daß er mich Ihnen genannt, und ich errieth sofort Ihre Wirksamkeit, als man mir heut die Aenderung meiner Lage verkündete. Ich verdanke Bérard mein Leben — ohne ihn hätte man mich auf dem Schiffe zum Tode verurtheilt. Ich verdanke ihm mehr. Er hat in meinem Innern bessere Gefühle zu erwecken gewußt. Er hat mich mit meinem Schicksal ausgesöhnt und ich bereue heut die unselige rasche That, die mich zum Verbrecher gemacht. Meine Dankbarkeit gegen Bérard, der zu meinem guten Engel geworden, ist unbegrenzt, meine Ergebenheit für ihn geht bis zum Tode. Verlangen Sie Alles von mir für ihn, ich thue es und bin bereit, für ihn zu sterben."

„Ich verlange nicht Ihr Leben, nur Ihre Klugheit, Ihre Hilfe von Ihnen. Sie müssen mir zur Vermittelung mit Bérard dienen, denn Niemand hier darf ahnen, daß er es ist, für den ich mich interessire, daß ich überhaupt nur von seiner Existenz Notiz nehme."

„Gut. Was soll ich thun?"

„Wenn man weiß, daß ich Sie begünstige und der Kommandant dies, soweit verstattet, geschehen läßt, werde ich Gelegenheit haben, Sie von Zeit zu Zeit zu sprechen. Dann sollen Sie Bérard übermitteln, was Sie von mir hören werden."

„Es wird geschehen, Mr. Gardiner."

„Für heute erzählen Sie ihm nur diesen Vorfall und daß Alles gut gehe, die ersehnte Stunde nahe sei. — Und nun zu Ihnen. Was kann ich für Sie thun?"

„Nichts, mein Herr. Nichts, als Bérard retten, der es nicht verdient, hier elend als Sträfling zu schmachten. Was mich betrifft, ich — ich bedarf Nichts!"

„Gar nichts? Hätten Sie keinen persönlichen Wunsch?"

„Einen Wunsch? O ja — indeß —"

„Nun? Sprechen Sie!"

„Ich wage es nicht in meiner Verworfenheit, meiner Niedrigkeit. O, wenn Sie wüßten —"

„Ich weiß Alles. Ich kenne Ihre Vergangenheit, Ihre Gegenwart, Ihre Hoffnung. Ich weiß von Marcelle Hébert."

„Mein Gott, sie — ja, eben sie ist es, an die ich dachte! Wenn ich von ihr hören könnte, ob sie hier ist, wie, wo sie sich befindet .... Wenn ein Wort von ihr zu mir dringen könnte und ich ihr die Versicherung meines Dankes, meiner unwandelbaren Liebe senden dürfte .... es würde mich zum Glücklichsten der Sterblichen machen!"

„Ich werde Ihren Wunsch erfüllen. Ich verspreche Ihnen, ihr meinen Schutz, meinen Beistand zu leihen, wie Ihnen, wie ich es nur vermag. Genug jetzt, ich höre den Kommandanten nahen. Treten Sie ein wenig zurück von mir und bemühen Sie sich, niedergeschlagen auszusehen, als hätten meine Ermahnungen Sie erschüttert. Still jetzt — man kommt!"

Fortier vermochte nur noch, ihm mit einem stummen, heißen Blick des Dankes zu antworten. Der Kommandant trat ein. — Gleichmüthig erwiderte Gardiner auf seine Frage, daß er dem Gefangenen ernste Vorhaltungen gemacht, die ihn hoffentlich zum Wohlverhalten bestimmen würden, und Blanctot befahl seine Abführung.

14. Kapitel.

Fortier wurde in den gemeinsamen Raum für die Sträflinge der dritten Klasse transportirt und beeilte sich, nachdem der Wächter ihn verlassen hatte, Bérard aufzusuchen.

Die jüngst angelangten Gefangenen wurden, um ihre von den Strapazen der Ueberfahrt erschöpften Kräfte zu stärken, noch geschont, so daß sie sich, außer einigen Stunden täglich, die bei Erdarbeiten im Freien zugebracht wurden, einen Theil des Tages in ihren, wenn auch dumpfigen, so doch von den versengenden Strahlen der Sonne geschützten inneren Räumen der Muße hingeben konnten.

Fortier fand Bérard einsam in einer fernen Ecke sitzend. Er war erfreut, schien aber kaum überrascht, den wider Vermuthen Aller hier erscheinenden Fortier zu sehen.

„Ich dachte mir, daß Sie kommen würden; ich erwartete Sie," sagte er, ihn herzlich begrüßend. „Meine Freunde waren benachrichtigt, daß ich Ihnen wohl will, daß Sie die Güte verdienten, und ich wußte, daß man sich bemühen würde, darnach zu handeln. Was ist geschehen, erzählen Sie."

Fortier theilte ihm die Ereignisse des Morgens mit. Bérard schien nicht befriedigt davon. „Ging Mr. Gardiner durch keine Andeutung auf den Plan ein, den er entworfen?" fragte er mit einem Seufzer der Ungeduld. „Was mag er beabsichtigen? Diese Ungewißheit ist tödtend!"

„Er sagte nur, die ersehnte Stunde sei nahe. Er meinte, die Stunde zu Ihrer Flucht, hoffe ich!"

„Sicherlich. Es bedarf darin keines Geheimnisses vor Ihnen, mein wackerer Fortier, dem ich vertraue wie mir selbst. Jedem wird ja die Stunde meiner Flucht diejenige der Ihrigen sein, Sie werden mit mir fliehen."

„Ich werde bleiben, Herr Bérard. Sie müssen ohne mich gehen."

„Wie, was sagen Sie?"

„Ihre Flucht ohne mich wird leichter, sicherer sein, denn da ich zurückbleibe, werde ich Ihnen als Verbündeter hier nützen können, indem ich die Entdeckung derselben verzögere, die Verfolgung durch falsche Angaben in die Irre leite."

„Und würden Sie mir nicht auch auf der Flucht dienen, mir ein Beistand sein können?"

„Dort wie hier. Sie sehen, ich kann wählen, wo ich Ihnen nützen will. Allein auf Ihrer Flucht werden Sie Freunde haben, die Ihnen beistehen, auch ohne mich — hier nicht. Und wenn ich mit Ihnen ginge, würde Marcelles Flucht aus der Obhut der frommen Schwestern — wo sie sich befindet, wie ich hoffe — gleichfalls nöthig sein und dem Unternehmen neue Schwierigkeiten aufbürden. Die Waage senkt sich also zu Gunsten meines Bleibens, und meine Wahl ist mithin getroffen."

„Wie selbstlos Sie sind, wackerer Fortier, wie opferbereit um meinetwillen! Doch Sie gehen zu weit. Meinen Freunden wird es ein Leichtes sein, Marcelle Hébert aus dem Asyl der frommen Schwestern zu sich zu nehmen, bevor man meine Flucht auch nur ahnt, und Sie werden der Freiheit wiedergegeben —" (Forts. f.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausland.

Luxemburg, 17. Mai. Das Zuchtpolizeigericht erließ heute das Urtheil wegen der in der Nacht vom 10. April auf einem öffentlichen Platze der Stadt stattgefundenen anarchistischen Revolte. Von 7 Angeklagten wurde einer zu 15 Tagen, ein zweiter zu 8 Tagen Gefängniß, drei zu einer Geldbuße verurtheilt, zwei wurden freigesprochen.

Bern, 17. Mai. Im Laufe des Sommers soll eine internationale Konferenz für Durchsicht des Konkordats betreffend die Bodenseefischerei stattfinden; muthmaßlich in Konstanz.

Paris, 17. Mai. Das vor zwei Jahren zum Schutze der katholischen Interessen gebildete monarchistische Komitee für das christliche Frankreich hat sich in Folge der päpstlichen Encyklika und des den Anschluß an die Republik empfehlenden Briefes des Papstes an den Kardinal Richard, Erzbischof von Paris, aufgelöst. Der Ausschuß desselben hat in seiner letzten Sitzung folgendes Protokoll angenommen: „Die union de la france chretienne" wurde auf politisch-neutralem Gebiete gegründet, um für die Vertheidigung der Religion die Mitwirkung der Christen und aller ehrbaren Leute, welcher politischen Meinung sie auch seien, zu vereinigen. Da dieses Gebiet der Neutralität den vom heiligen Vater ausgesprochenen Wünschen nicht zu entsprechen scheint, so glaubt der Ausschuß der Union, deren einziger Zweck die Vertheidigung der Religion war, seine Pflicht zu erfüllen, indem er auseinandergeht.

Der Marineminister ließ im Ministerrathe eine Vorlage über Nachtragskredite unterzeichnen. Sie betragen für 1891 zwei Millionen und ungefähr 39 Millionen für 1892. Die Höhe der vom Minister geforderten Kredite für 1893 überschreite den für 1897 bewilligten Voranschlag um 28 Millionen. Die Kredite werden für Armirung, Schiffbauten und Verproviantirung verlangt.

Die deutsche Gendarmerie hat, laut „Straßb. Post", gestern zu Valières bei Metz zwei Arbeiter festgenommen, die verdächtig waren, im Geheimen Dynamit zurückzuhalten. Bei der in ihrer Wohnung vorgenommenen Haussuchung hat man fünf Dynamitpatronen mit Zündschnur gefunden, die von dem im vorigen Jahre in Merschweiler bei Saarbrücken begangenen Diebstahle herrühren.

Von 118 seit dem 1. Februar in der Provinz festgenommenen Anarchisten befinden sich noch 49 in Untersuchung und von 52 seit dem 22. April in Paris verhafteten nur noch 8.

Ministerpräsident Loubet legte in der heutigen Kammersitzung den Entwurf über Entschädigung der durch Dynamitanschläge Betroffenen vor (Wittwe Bery soll 1200 Franken, die Tochter 800 Franken Pension erhalten), sowie die Kreditforderung von 2½ Millionen für Errichtung neuer Schutzmannsstellen.

London, 17. Mai. Der „Times" zufolge hätte Persien mit der Imperial Bank of Persia die Bedingungen einer Anleihe von 10 Millionen Mark vereinbart, welche zur Zahlung einer Entschädigung an die englische Tabakgesellschaft in Persien dienen solle. Die Anleihe solle auf dem Londoner Markte aufgelegt werden und in 40 Jahren rückzahlbar sein. Als Bürgschaft sollen die Zölle des südlichen Persiens und des persischen Golfs dienen. In einem Leitartikel drückt die „Times" ihre große Befriedigung darüber aus, daß das Geld nicht von Rußland (hat ja selber keines) hergeliehen werde.

Petersburg, 17. Mai. Wie es heißt, ist der Generalgouverneur von Kiew, Alexis Ignatiew, bei der Regierung für die Aufhebung des Ausfuhrverbots auf Gerste und Weizen vorstellig geworden.

Dem „Grashdanin" zufolge sprach sich der Ministerrath für den Bau der sibirischen Eisenbahn durch die Regierung aus, in Folge dessen soll das Ministerium für Kommunikation die Errichtung der Strecke Tscheljabinsk-Tomsk sofort beginnen und der durch den Winter unterbrochene Bau der Strecke Wladimirtsch-Grafskaja wieder aufgenommen werden.

Lodz, 17. Mai. Die Behörde verbot angeblich den Fabrikanten, den Arbeitern eine Lohnerhöhung zu gewähren. Viele Verhaftete des letzten Krawalls wurden in die Citadelle nach Warschau übergeführt. Die noch Streikenden werden als politisch unzuverlässig administrativ abgeurtheilt. (Echt russisch.)

Rom, 17. Mai. Die Kammer wurde auf den 25. Mai einberufen.

Athen, 17. Mai. Trikupis hat einen Triumph ohnegleichen bei den Wahlen davongetragen. Das einstweilige Ministerium hat angesichts des Ergebnisses sofort seine Entlassung eingereicht, wird aber auf Wunsch des Königs bis zu dessen Rückkehr von dem Kopenhagener Familienfeste im Amte verbleiben.

Kairo, 17. Mai. Das „Bureau Reuter" meldet: Major v. Wißmann reiste heute nach Sansibar ab.

New-York, 17. Mai. Einer Herald-Meldung aus Maracaibo (Venezuela) zufolge bemächtigten die Aufständischen sich der Stadt Bolivar (am Orinoco). Ihr Führer Gil besetzte die Stadt, welche der General Rodil wiedereroberte. Rodil verurtheilte sechs Offiziere zum Tode. Die Truppen empörten sich dagegen auf einem Kundschaftsritt, tödteten Rodil und zogen sich dann, das Haupt Rodil's auf einem Degen voraustragend, zur Stadt zurück, welche sie wieder in den Händen der Aufständischen vorfanden.

Baden.

Karlsruhe, 18. Mai. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Grafen Albert von Hennin in Hedlingen das Kommandeurkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen; ferner dem Großherzoglichen Kammerherrn und Oberamtsrichter Albert Freiherr von Bodman und dem Großherzoglichen Hofjunker Johann Othmar Freiherr von Bodman zu Bodman die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihnen von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten von Bayern verliehenen Königlich Bayrischen Haus-Ritter-Ordens vom Heiligen Georg zu ertheilen; sowie den nachgenannten Hofbediensteten die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen verliehenen Auszeichnungen zu ertheilen, und zwar: dem Schloßverwalter Wilhelm Hambrecht und dem Hofoffizianten Josef Stertz für die Königlich Schwedische goldene Verdienstmedaille und den Hofkutscher Konrad Herle, Eduard Burger und Ludwig Knecht und dem Schloßdiener Johann Sauerzapf für die Königlich Schwedische silberne Verdienstmedaille.

Karlsruhe, 17. Mai. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin wurden gestern Abend am Bahnhof in Baden-Baden von dem Geh. Regierungsrath Dr. Reinhard und dem Hofrath Dr. Hetzigenthal empfangen.

Heute Vormittag besuchten die Großherzoglichen Herrschaften Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm, Höchstwelche in Baden-Baden bei Höchstihrer Schwester, Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Eugenie von Oldenburg, weilt. Die Höchsten Herrschaften hatten die Absicht, heute nach dem Luftkurort Sand zu fahren, um Ihren Majestäten der Königin und der Königin-Regentin der Niederlande einen Besuch abzustatten. Die beiden Majestäten beharrten aber auf dem Wunsche, Ihre Königlichen Hoheiten in Schloß Baden zu besuchen, und so erwarteten die Großherzoglichen Herrschaften Allerhöchstdieselben heute Nachmittag 3 Uhr. Ihre Majestäten verweilten einige Stunden in Baden-Baden und kehrten hierauf nach Sand zurück.

** **Karlsruhe,** 17. Mai. (Zur Frage der Haupt- und Unterlehrerstellen an den Schulen mit mehr als einem Lehrer.) Die Zahl der Hauptlehrerstellen ist bedeutend vermehrt worden, was nahezu ausschließlich im Interesse des Lehrerstandes liegt. Für Gemeinde und Staat bedeutet es eine ganz beträchtliche Belastung. Es muß als auffallend bezeichnet werden, daß durch Gesetz genau bestimmt ist, wie viele Haupt- und wie viele Unterlehrer an einer Schule mit mehreren Lehrern sein müssen. Schon mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden, sollte dem freien Ermessen der obersten Unterrichtsbehörde einiger Spielraum gelassen sein. Mit Bezugnahme auf Verhältnisse in der Gemeinde Zähringen sprach Abg. Wacker bei Berathung des Schulgesetzes über diese Frage folgendermaßen sich aus: Ich weiß in diesem Momente, da ich mir das Wort erbeten habe, noch nicht, ob ich dazu kommen werde, einen formellen Antrag zu stellen. Man thut das nicht gerne, wenn man nicht glaubt, einige Aussicht auf Erfolg haben zu können. In diesem Paragraphen 15 wird eine Frage geregelt, bei deren Regelung der Lehrerstand und die Gemeinden ein ungemein großes Interesse haben, und beide Interessen sind unmöglich in vollem Einklang miteinander zu befriedigen. Die Frage ist unmöglich so zu erledigen, daß der Lehrerstand ganz zufrieden sein kann von dem Standpunkt seiner Interessen aus und die Gemeinde auch; einige Rücksicht aber muß auf die einen Interessen genommen werden gerade so wie auf die andern und je mehr wir glauben, die Interessen des Lehrerstandes zu berücksichtigen und seine materiellen Verhältnisse besser zu stellen, desto mehr müssen wir auf der andern Seite auch darauf bedacht sein, soweit als möglich die materiellen Interessen der Gemeinden zu berücksichtigen. Die Interessen der Schule selbst kommen dabei nicht in Betracht. Weitaus in den meisten Fällen wird diese ihre Rechnung finden, ob die Frage so oder ob sie anders geregelt wird. Gestatten Sie mir nur ein Beispiel zu erzählen, das ich jetzt gerade in meiner eigenen Gemeinde habe und zwar in der Muttergemeinde meiner eigenen Pfarrei. Wir hatten bis zum vorigen Spätjahr (es sind jetzt nächstens 9 Jahre, seit ich Pfarrer dort bin) in Zähringen 2 Lehrer, einen Hauptlehrer und einen Unterlehrer. Nach der gesetzlichen Bestimmung sollten wir zwei Hauptlehrer haben. Urplötzlich, es hat in Zähringen Niemand daran gedacht, ist die Anlage gemacht worden, im Verlauf weniger Wochen dafür zu sorgen, daß für einen zweiten Hauptlehrer die entsprechende Wohnung da ist. Ich selbst hatte keinen Antheil an der Korrespondenz, die hin und her gepflogen worden ist. Mit Fug und Recht wurde der Oberschulbehörde geantwortet, es sei unmöglich. Thatsächlich haben in unserem Schulhaus zwei Lehrerfamilien nicht Platz. Es wurde hin und her korrespondirt und schließlich hat es damit geendigt, daß auf Ostern, also jetzt, der zweite Hauptlehrer zu kommen hat. Eine Dienstwohnung ist nicht da und so hat es geheißen, der Lehrer hat für eine angemessene Wohnung selbst zu sorgen und bekommt den entsprechenden Wohnungsgeldzuschuß. Das ist eine Erledigung der Sache, die gesetzlich durchaus korrekt ist, aber weder im Interesse der Gemeinde noch der Lehrer, die in Frage kommen. Man sollte es nicht glauben, aber es ist so, daß, obwohl unsere Gemeinde 1150 Seelen hat und in der Nähe einer größeren Stadt liegt, es doch für jeden Hauptlehrer schwer wird, der nicht allein steht, eine Wohnung zu finden, die man als eine angemessene bezeichnen kann. Die Interessen der Schule waren mit dem bisherigen Zustand gut gewahrt, und wir hatten von dem Standpunkt aus keine Veranlassung, eine Aenderung zu wünschen. Nun kommt ein weiteres Moment hinzu. Das Auftauchende Element der Bevölkerung ist es, das die Zahl der Kinder so anwachsen ließ und gerade dieses Element leistet am wenigsten an den Lasten der Gemeinde. Um so mehr wird daher diese Belastung durch eine solche gesetzliche Bestimmung empfunden. Nebenbei bemerkt, ist die Gemeinde Zähringen eine der armen Gemeinden. Wir haben eine beträchtliche hohe Umlage und als vor wenigen Jahren die Nothwendigkeit dringend wurde, die seit Jahrzehnten vorlag, die Wohnung des Pfarrers zu restauriren, habe ich geglaubt, die Gemeinde mit Opfern verschonen und eigene persönliche Opfer in hohem Grade bringen zu sollen. Fast unmittelbar darauf kommt nun die Anwendung dieses Gesetzesparagraphen, was für die Gemeinde außerordentlich schwer ist. Nun anerkenne ich ja, im Rahmen des Gesetzes ist es durchaus richtig, allein ich glaube, daß eine Regelung dieser Frage auf dem gesetzlichen Weg für alle Gemeinden, mögen die Verhältnisse sein wie immer sie wollen, überhaupt nicht gut ist. Es sollte die oberste Schulbehörde in der Lage sein, nicht durch gesetzliche Bestimmungen gehindert zu werden, auf besondere Verhältnisse in dieser oder jener Gemeinde Rücksicht zu nehmen. Ich glaube vorläufig nicht, daß ich Aussicht hätte, mit einem solchen Antrag durchzudringen, es wäre mir aber außerordentlich erwünscht, wenn meine Ausführungen im Hause unterstützt würden — nicht in dem Umfange, daß man gar keine Bestimmungen träfe, oder daß auf die materiellen Interessen des Lehrerstandes, der ja wünschen muß, daß möglichst viele Hauptlehrerstellen im Lande bestehen, keine Rücksicht genommen, aber in dem Sinne, daß einige Rücksicht genommen wird auf die Interessen der Gemeinden.

* **Karlsruhe,** 18. Mai. „Unangenehm berührt hat es" nach der „Bad. Landpost" in allen evangelischen Kreisen, daß die ultramontane Presse die Gründung einer Heilanstalt für Epileptische zu einer Parteisache macht. „Der „Beobachter", heißt es dann weiter, und nach ihm eine Reihe kleinerer Centrumsblätter haben solche von Parteileidenschaft verblendete Artikel gebracht, in welchen die Katholiken aufgefordert wurden, keine Beiträge für die geplante Anstalt zu geben; die Katholiken sollen eigene, katholische Anstalten für Epileptische gründen. Ein praktischer Grund für solche Separatanstalten ist nicht vorhanden, um so mehr, als in der in Rede stehenden Institution Epileptische aller Konfessionen aufgenommen werden sollen." Hierzu müssen wir bemerken, daß der „Beob." durchaus nicht von Parteileidenschaft verblendet war, als er den betreffenden Artikel der „Freien Stimme" (mit Quellenangabe) entnahm. Keiner der die Verhältnisse kennt, wird es uns Katholiken verübeln, wenn wir in gewissen Punkten etwas kopfscheu geworden sind. Ohne gerade offen aufzutreten, sucht man überall, wo es nur angeht, unsere Anstalten, unsere Institutionen zu verkümmern, durch andere zu ersetzen. Um nur eins anzuführen, welche Anstrengungen werden so im Stillen gemacht, unsere Barmherzigen Schwestern durch weltliche Krankenpflegerinnen zu verdrängen. Erheben wir uns dann einmal gegen diese ruhige stille Art des Kampfes, gegen diese schleichenden Versuche, so wird gleich über Parteileidenschaft geschrien. Aber beirren lassen wir uns dadurch doch nicht. Wir haben nicht die geringste Animosität gegen evangelische Veranstaltungen — im Gegentheil, als vor einigen Jahren beispielsweise für die Diakonissinnen gesammelt wurde, empfahl der „Beob." die Kollekte auf's Wärmste — aber sie müssen nicht auf unsere Kosten in's Leben gerufen werden. Wenn die „Landpost" ferner meint, in der Centrumspresse werde man vergeblich eine in irgend einer Form zum Ausdruck kommende Abneigung gegen Ungläubige oder Juden finden, so irrt sie ganz gewaltig. Wo Ungläubige und Juden uns und unsere Institutionen bedrängen, da treten wir auch mit der größten Entschiedenheit gegen sie auf. Aber von ihnen droht weniger Gefahr als von anderer Seite, die wir hier nicht nennen, die aber der „Landpost"-Richtung auch nicht nahe steht.

W. **Karlsruhe,** 17. Mai. Heute am 17. Mai hat die Budgetkommission sich über einen Bericht schlüssig machen müssen, den der Vorsitzende Abgeordneter Friderich zu erstatten hat. Es braucht nicht extra hervorgehoben zu werden, daß die Angelegenheit absolut nichts mit dem Eisenbahnbau-Budget zu thun hat. Auch diese Thatsache ist ein schlagender Beweis dafür, daß der vom Abg. Friderich am 8. April inscenirte Angriff auf den Abg. Wacker absolut unbegründet war und lediglich als Gehässigkeit anzusehen ist. Selbst wenn der Bericht noch jetzt seiner Erledigung durch die Kammer harrte, wäre keinerlei Verschleppung der Erledigung des Finanzgesetzes zu besorgen.

Badischer Landtag.

Ch **Karlsruhe,** 17. Mai.

78. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Nach Wiederaufnahme der Berathung stellt der Berichterstatter Namens der Kommission den Antrag, über den § 1 die Diskussion zu eröffnen und diesen wie auch den § 3 entsprechend dem Sinne des Antrags Marbe abzuändern.

Abg. Hug hält den Antrag Marbe, der die Erforschung des Bedürfnisses der Errichtung einer Gewerbekammer bezwecke, für berechtigt. Bei der Abstimmung habe jeder Gewerbetreibende, ohne Rücksicht auf die Höhe seines Betriebskapitals, gleiches Abstimmungsrecht, ebenso werden die nicht anwesenden Interessenten nicht etwa den Zustimmenden, wie dies auf dem landwirthschaftlichen Gebiete der Fall sei, zugezählt, sondern die absolute Mehrheit der interessirenden Gewerbetreibenden entscheidet. Das bezwecke der Antrag in seiner jetzigen Fassung. Redner veranschaulicht seine Auffassung des Antrages Marbe und Gen. an einem Beispiel hervorhebend, daß wenn in einem Bezirk, in welchem eine Gewerbekammer errichtet werden soll, 1000 wahlberechtigte Gewerbetreibende vorhanden seien, zur Errichtung der Gewerbekammer erst dann geschritten werden soll, wenn die absolute Mehrheit, also 501 Wahlberechtigte, sich für die Errichtung ausgesprochen hätten. Dem Abg. Kiefer erwidert Redner, daß er mit seinem Zweifel, ob das Bedürfniß der Verleihung juristischer Persönlichkeit an die Gewerbekammer vorhanden sei, keineswegs beabsichtigt habe, den Wirkungskreis der zu errichtenden Gewerbekammern zu beschränken, sondern daß sein Zweifel nur angeregt worden sei durch die im Gesetzentwurf vorgesehene überaus beschränkte Thätigkeit der Gewerbekammer, die ja im Wesentlichen nur zur Berathung und Begutachtung, nicht aber zur Vermögensverwaltung berufen sei. Nachdem aber Herr Staatsrath Eisenlohr erklärt habe, daß die Möglichkeit einer Vermögensverwaltung für die Gewerbekammern nicht ausgeschlossen sei, wolle Redner sein Bedenken fallen lassen und nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß Schenkungen, von denen Herr Staatsrath Eisenlohr gesprochen, den Gewerbekammern in reichem Maße zu Theil werden.

Abg. Gerber erkennt in dem Antrag Marbe eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes und wird deßhalb, trotz seiner gestrigen Erklärung dem Gesetz zustimmen. Zur Feststellung der Majorität sei es aber nothwendig, genau festzustellen, wer als Gewerbetreibender zu betrachten sei.

Darauf werden die § 1, 2 und 3 angenommen.

Die §§ 4—13 werden sämmtlich nach der von der Kommission beantragten Fassung, bezw. dem Regierungsentwurf, debattelos angenommen.

Bei § 14 bemerkt

Abg. v. Stockhorner, daß er diesem Paragraphen seine Zustimmung nicht geben könne, da er eine Verbindung von Handels- und Gewerbekammern für unthunlich halte.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Berichterstatters wird das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die Stimme des Abg. v. Stockhorner angenommen.

Bei der neuen Fassung des § 1, der die Einführung von der Entschließung der Mehrheit der Gewerbetreibenden abhängig macht, stimmen auch die beiden Socialisten dafür.

Am Ministertisch erscheinen Eisenlohr und Ministerialdirektor Seubert.

Abg. Pfefferle erstattet Bericht über den 2. Punkt der Tagesordnung, den Gesetzentwurf, die Besteuerung der Kunstweinfabrikation betreffend. Neben den mißlichen Weinjahren sei es auch die Kunstweinproduktion gewesen, welche unseren Weinbau sehr geschädigt habe. Insbesondere in den letzten Jahren habe die Kunstweinproduktion einen wesentlichen, für den Weinbau bedenklichen Aufschwung genommen, namentlich sei dies bei dem Rosinenwein der Fall, da der Zoll auf Rosinen ein sehr niedriger sei. Die neueste Zollgesetzgebung bilde eine weitere Gefahr für unseren Rebbau, nämlich dadurch, daß die eingestampften ausländischen Trauben zu geringen Zöllen eingeführt werden können. Deßhalb sei der Gesetzentwurf zu begrüßen; Bayern und Elsaß-Lothringen sei uns in der Besteuerung des Kunstweines schon vorangegangen; das Gleiche sei in Frankreich und Ungarn der Fall. Eine andere Frage sei die, ob die Fabrikation von Kunstwein überhaupt berechtigt sei; es seien bei Beurtheilung dieser Frage drei Faktoren zu berücksichtigen, die Weinbauern, die Konsumenten und die Kunstwein-Fabrikanten, die Weinbauern, die ein Areal von 21,000 Hektar Weinberge in sehr zerstückelten Parzellen bebauen, haben ein Recht auf Schutz, dagegen dürften aber auch die Konsumenten und Fabrikanten auch eine Berücksichtigung beanspruchen und deshalb könne man die Fabrikation nicht ganz beseitigen. Ersprießlicher sei es allerdings, wenn in dieser Gesetzgebung das Reich vorgehe, da dies aber nicht der Fall sei, sei Baden nichts übrig geblieben, als dem Beispiel von Bayern und Elsaß zu folgen in der Hoffnung, daß auch die anderen deutschen Staaten folgen. Es sei allerdings zu befürchten, daß die Fabrikanten zum Theil in andere Länder verziehen, wo diese Steuer nicht bestehe, und dadurch die Staatskasse einen kleinen Ausfall erleiden werde; allein das stehe fest, daß vom Ausland schwieriger in's Land zu operiren sei, als wenn die Fabrikanten im Land und in Rebbaugegenden sitzen. Den Steuersatz von 6 M. pro 100 Liter halte er für praktisch, sonst lehne sich der Entwurf an das Reichsweinsteuergesetz an. Für uns sei heute die Hauptsache der Berathung die Frage, was wollen wir besteuern, welches sind die Steuerobjekte und er empfehle deshalb diesen Punkt in erster Reihe im Auge zu behalten. Auch bezüglich des Ausschankes möge die Regierung wenigstens insofern den Kunstwein etwas beschränken, als er nicht als Naturwein den Konsumenten unterschoben werde, da letztere nicht immer oder fast nie im Stande seien Kunstwein vom Naturwein zu unterscheiden (Birkenmayer: oho!) Die Kommission halte den Gesetzentwurf im Allgemeinen für annehmbar und empfehle ihn deshalb der Genehmigung des hohen Hauses.

Abg. Schlosser kann sich im Allgemeinen mit dem Gesetzentwurf einverstanden erklären und glaubt, daß er unseren Rebbau einen kräftigen Schutz gegen den Kunstwein bieten werde. Das Gesetz sei klar und bestimmt, was sonst nicht immer bei Steuergesetzen der Fall sei, nur einzelne Bestimmungen, deren Abänderungen er bereits beantragt habe, erschwere das Geschäft reeller Weinhändler. Das halte er nicht für richtig; wegen einzelner unreeller Elemente dürfe der ganze Stand nicht beschränkt werden; er weise hier insbesondere auf die Weinkontrole hin, die dem Weinhändler viele und große Schwierigkeiten bereite, in keinem anderen Staat bestünden so strenge Vorschriften als bei uns. Im Hinblick auf das allgemeine deutsche Weinsteuer- und Nahrungsmittelgesetz hält er so strenge Bestimmungen nicht für nöthig. Mit Recht hätten sich deshalb verschiedene Handelskammern gegen diese Bestimmungen ausgesprochen. Er bitte also die von ihm vorgeschlagenen Aenderungen anzunehmen.

Von den Abgg. Gerber, Birkenmayer u. Gen. geht ein Antrag ein, den Steuersatz von 6 Mk. auf 10 Mk. zu erhöhen.

Abg. Gerber: Der vorliegende Gesetzentwurf solle in erster Reihe den Wünschen der weinbautreibenden Bevölkerung gerecht werden. Derselbe habe deshalb überall im Lande Freude hervorgerufen, als er jedoch in seinen einzelnen Bestimmungen bekannt wurde, sei die Freude bedeutend geschwunden, insbesondere weil er die Weinvermehrung gestatte. Als Wein solle nur das reine Gewächs des Rebstockes bezeichnet werden dürfen. Die Benennung Kunstwein sei eine Entwürdigung der beiden schönen Worte Kunst und Wein, es werde da etwas hergestellt, das weder Kunst noch Wein sei. Wenn das Gesetz wirksam werden solle, müsse der Steuersatz von 6 auf 10 Mk. pro 100 Liter erhöht werden, denn der Weinbauer habe heute, wo ihn das Hektoliter Wein ca. 20 Mk. koste, mehr Auslagen, als der Kunstweinfabrikant, dem 100 Liter trotz der Steuer nur auf 18 Mk. stehen, und könne deshalb nicht mit demselben konkurriren. Die Fabrikanten würden deshalb nicht fortziehen, und wenn sie fortzögen, so könnten wir ja nur froh sein, aber sie blieben da und müßten nur ihren Wein theurer verkaufen. Auf dem Tabak liege z. B. mehr Steuer, als das Produkt werth sei, dabei hätten die Tabakbauern durch die Steuerkontrolleure noch mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen, als die Weinhändler; das Gleiche sei bei dem Branntweinbrennern der Fall. Gerade in der strengen Steuerkontrole erblicke er noch einige Garantien für die Wirkung des Gesetzes und wolle deshalb den § 13 in seiner jetzigen Form erhalten. Er sei um so mehr nöthig, wenn man bedenke, daß die Weinhändler häufig auch noch Apotheker dabei seien, wenn sie auch nicht 99 pCt. Profit machen dürfen wie diese. „Wir wollen kein Zuckerwasser, sondern nur reinen Wein haben und verkaufen"; die Verzuckerung sei schädlicher als der Kunstwein, denn es sei noch ersprießlicher, wenn man Wasser statt Wein verkaufen könne. Der gezuckerte Wein bedeute geradezu eine Geschmacksverirrung unserer Zeit. Nicht mehr Wahrheit, sondern Lug und Trug und Schwindel sei heute in unserem Wein, früher sei das anders gewesen. Besonders gute Weine, die einen berühmten Namen haben, seien gar nicht geschützt. Reelle Weinhändler würden durch das Gesetz nicht geschädigt, sondern nur Jene, die Zuckerwasser für Wein verkaufen wollen, diese solle das Gesetz aber gerade schädigen und dadurch den reellen Leuten Schutz gewähren. Er bitte also um Beibehaltung des § 13.

Abg. Birkenmayer bedauert, daß ein solches Gesetz nöthig geworden ist, leider biete das Reichsweinsteuergesetz nicht die nothwendige Handhabe zum Schutze unseres Weinbaues. Deßhalb müßten wir in unserem Lande eben zu einem so strengeren Mittel greifen und er sei aus diesem Grunde auch dafür, daß die Steuer von 6 auf 10 Mk. erhöht werde. Das könne geschehen, das Reichsgesetz stehe dieser Erhöhung, wie ihm versichert werde, nicht im Wege. Die Weinproduzenten hätten in Massenpetitionen auf die große Schädigung durch den Kunstwein hingewiesen, wenn die Kommission diese Ansicht auch nicht theilen wolle, so glaube er doch, daß die Weinbauern Recht haben, und wenn auch die Reichstagsmehrheit das nicht eingesehen habe, so sei auch sie eben auf dem Holzweg gewesen. Auch die Konsumenten hätten ein großes Interesse daran, daß sie reinen Wein bekommen, statt geschmierten. Das Nahrungsmittelgesetz biete dagegen schon eine Handhabe, allein der Konsument könne nicht immer den Denuncianten spielen. Für die strengen Kontrolmaßregeln sei er der Regierung sehr dankbar, weil er diese Bestimmungen für absolut nothwendig halte, für die Wirkung des Gesetzes. Er bitte, deßhalb um Erhaltung des § 13. Die Versuchung zur Weinschmiererei liege auch bei Weinhändlern nahe, die nicht zugleich Kunstweinfabrikanten sind. Er hoffe, daß aber bald einige gute Weinjahre kommen und dann könnten die Herren Weinfabrikanten ihre Schmiererei selbst trinken.

Abg. Neumann: Als er vor mehr als 10 Jahren von diesem Hause Abschied nahm, glaubte er, nicht mehr in dasselbe zurückzukehren. Doch mit des Geschickes Mächten sei kein ewiger Bund zu flechten, und ihn verfolge das Ungeschick resp. das Glück, und so sei er denn wieder hier, mit allem Gutem und Schlimmem, was er an sich habe. Von einem Neuangekommenen erwarte man eine Rede und er habe heute um so mehr Veranlassung zu reden, als er an Stelle eines Mannes ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wählt worden sei, der in erster Reihe berufen gewesen wäre, hier ein Wort zu sprechen. Er sei als Oppositionsmann gewählt, sei aber trotzdem in der glücklichen Lage, sich auf dem Standpunkt der Regierung zu befinden. Er könne nicht begreifen, wie man gegen dieses Gesetz einen Sturm entfachen konnte und zwar gegen jene Bestimmung in demselben, die ihm die wichtigste und zugleich selbstverständlichste sei; allerdings kommt etwas Licht in die Sache, wenn man bedenke, wer den Sturm entfachte. Es seien dies drei Handelskammern, die ihre Namen zu einem Machwerk verschiedener Weinhändler hergegeben haben. Im Interesse ihrer Ehre hätten die Petenten besser gethan, wenn sie ihre Petitionen unterlassen hätten, denn sie zögen dadurch den Verdacht auf sich, daß nicht Alles reell bei ihnen zugehe, da der § 13 des Gesetzentwurfes nichts anderes enthalte, als das, was jeder anständige Kaufmann und Geschäftsmann schon von sich selbst thue. Leider lehre die Erfahrung, daß Weinhändler und sogar solche von hervorragenden Namen, thatsächlich eine unstatthafte Weinvermehrung, wie sie der Gesetzentwurf verbieten wolle, vornahmen und bestraft wurden. Vorsichtsmaßregeln seien deßhalb sehr nothwendig. Er stimme also für das Gesetz und insbesondere für den § 13, da dies der wichtigste des ganzen Gesetzes sei.

Abg. Frank vertheidigt die Zuckerung resp. Verbesserung des Weines und warnt im Interesse der ärmeren Bevölkerung vor einer zu hohen Besteuerung des Kunstweines. Der Satz von 6 Mk. scheint ihm der richtige zu sein. Im Uebrigen ist auch er für Beibehaltung des § 13, dessen Bestimmungen er lieber noch verschärfen würde. Er bitte um Annahme des Gesetzes und um Ablehnung des Antrages Gerber und Genossen, sowie des Antrages Schlosser und Genossen.

Abg. Schüler spricht dem Abg. Neumann seinen Dank aus für das freundliche Eintreten für die Interessen der nothleidenden Rebleute. Er habe schon in der Kommission den Antrag gestellt, die Steuer von 6 auf 10 Mk. zu erhöhen. Den dafür bereits angeführten Gründen wolle er nur noch einige beifügen. Die Kunstweinproduktion sei eine Schmarotzerpflanze die keine Existenzberechtigung habe, selbst in günstigen Jahren könne der Weinbauer mit den Weinfabrikanten kaum konkurriren, in schlechten Jahren, wo die Auslagen die gleichen seien, sei er bekanntermaßen am schlimmsten von allen Berufsklassen daran. Wenn man die billige Herstellungsweise, die Reklame und den großen Konsum des Kunstweines betrachte, müsse man sagen, es ist höchste Zeit, daß hier entschieden vorgegangen wird. Auch in der Ersten Kammer sei die Ansicht ausgesprochen worden, daß der Kunstwein kein Bedürfniß sei, den Weinbauer und die Gesundheit der Konsumenten, sowie der reellen Weinhändler schädige. Die Erhöhung der Steuer von 6 auf 10 Mk. mache den Kunstwein nicht so theuer, daß er von geringen Leuten nicht mehr erworben werden könnte, da seine Herstellungskosten mit Steuer immer noch billiger seien, als die Auslagen der Winzer. Den Schwerpunkt des Gesetzes erblicke auch er im § 13, er könne sich gar nicht vorstellen, wie nach Fall dieses Paragraphen der unendlichen Vermehrung des Kunstweines Einhalt geboten werden könne. Es müsse eine Grenze, ein Kennzeichen für die reellen und unreellen Geschäfte geschaffen werden. Bei den Weinbauern sei eine Verbesserung oder Verzuckerung der Weine geradezu ausgeschlossen, da diese gewöhnlich nur eine Sorte und einen Jahrgang im Keller haben. Er bitte den Antrag Gerber zu genehmigen, den § 13 beizubehalten und den Antrag Schlosser abzulehnen.

Abg. Greif befürwortet den Antrag Schlosser auf Ermäßigung der Kontrolmaßregeln, stimmt aber auch für den Antrag, den Steuersatz von 6 auf 10 Mark zu erhöhen.

Abg. Rau ist ebenfalls für Beseitigung des § 13, dagegen ist er für Erhöhung der Strafsätze.

Abg. Muser ist gegen die Steuererhöhung von 6 auf 10 Mk., man dürfe nicht einseitig die Interessen der Weinbauern im Auge haben, in schlechten Jahren müsse man froh sein, Kunstwein bekommen zu können. Dem Antrag Schlosser stimme er gerne zu, man dürfe den Weinhändlern kein allgemeines Mißtrauen entgegenbringen, wenn es auch die und da vorkomme, daß einer unreell handle.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung geschlossen; morgen früh Beendigung der Generaldebatte und Specialdiskussion. Schluß der Sitzung 1¾ Uhr.

Ⓟ Karlsruhe, 18. Mai.

79. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Erster Vicepräsident v. Buol eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Ellstätter, Ministerialdirektor Seubert und Ministerialrath Göller.

Der Sekretär verkündet den Eingang zweier Petitionen, die zunächst auf ihre Dringlichkeit geprüft werden sollen.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung, Fortsetzung der Generaldiskussion über das Kunstweinsteuergesetz, ein.

Der Präsident bittet die noch 5 angemeldeten Redner, sich auf die Punkte zu beschränken, die wirklich zur Generaldiskussion gehören.

Abg. Hug bemerkt, daß die Hauptpunkte, über die gestern debattirt wurde, nämlich § 13 und „Erhöhung des Steuersatzes" eigentlich Specialfragen seien und in der Specialdiskussion behandelt werden sollen.

Diese Ansicht wird von verschiedenen Rednern unterstützt.

Abg. Gerber hält den § 13 für so wichtig, daß er für diesen sogar seinen Antrag auf Erhöhung des Steuersatzes von 6 auf 10 M. fallen lassen würde, denn der § 13 richte sich auch gegen das sogenannte gallisiren des Weines. Die Weinvermehrung halte er überhaupt für sehr schädlich; er wolle sich für heute jedoch damit begnügen, wenn der § 13 aufrecht erhalten bleibe, da dieser wenigstens der übermäßigen Vermehrung Einhalt gebiete. Da wo die Reben in Händen von Großgrundbesitzern seien, wie z. B. in der Pfalz, die sich in der Lage befinden, die Zuckerung vornehmen zu können, gehen die kleinen Rebleute überall zu Grunde, und so gehe es auch bei uns, wenn die Vermehrung des Weines nicht möglichst beschränkt werde, und zwar durch Landesgesetz, da das Reichsgesetz zu viel Spielraum lasse. Er bitte deßhalb nochmals um Beibehaltung des § 13.

Es ist von dem Abg. Wittmer und Gen. ein Antrag auf Abänderung der §§ 4 und 15 eingegangen, welcher die Erhöhung der sogenannten Zusatzstrafen von 1000 M. auf 5000 M. erhöhen will.

Abg. Wittmer begründet diesen Antrag und betont die Nothwendigkeit der Weinverbesserung, d. h. Weinzuckerung. Er halte es für zweckmäßiger, wenn der Kunstwein nicht denaturirt, sondern allgemein kenntlich gemacht würde, damit Jedermann, der Kunstwein trinke, auch wisse, daß er Kunstwein trinke. Er sei von dem vorliegenden Gesetz nicht erbaut, da zweifellos die Kunstweinfabrikation in's Ausland verdrängt und von da nach Baden eingeführt werde. Dadurch würden auch manche Gegenstände resp. Produkte, die jetzt eine Verwendung bei der Kunstweinfabrikation finden, nicht mehr verwendbar, also werthlos sein. Im Uebrigen sei das Gesetz auch inkonsequent, indem andere, z. B. Beerenmoste, nicht versteuert werden müssen. Trotzdem werde er, des Versuches wegen, obgleich er die Ueberzeugung habe, daß durch das Gesetz nichts erreicht werde, für dasselbe stimmen. In § 13 finde auch er eine Plackerei für den Weinhändler und wünsche dessen Abänderung, auch deßwegen, weil er seinen Zweck gar nicht erreiche. Dagegen sei er bereit, für eine Erhöhung der Strafsätze einzutreten und habe einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Das sei ein wirksameres Mittel gegen ungesetzmäßiges Handeln von Seiten der Weinhändler. Heute könne überhaupt nur ein reeller Weinhändler konkurriren.

Ministerialrath Göller erklärt Namens der Regierung, daß sie sich mit dem Antrag Schaler u. Gen. die Steuer von 6 auf 10 M. zu erheben, nicht einverstanden erklären könne, da dies einem Verbot der Kunstweinfabrikation gleichkomme, indem die Gewerbesteuer ꝛc., die der Fabrikant zahlen müsse in Verbindung mit dem Satz von 6 M. schon sehr erheblich sei. In Bayern sei die Kunstweinfabrikation in Folge zu hoher Besteuerung bereits ganz verschwunden und so ginge es auch in Baden, wenn wir die Steuer noch weiter erhöhten. Den § 13 halte er nicht für so bedenklich, wie verschiedene Redner meinten, die Regierung werde beim Vollzug des Gesetzes aber nur diejenigen Bestimmungen anwenden, die absolut nothwendig erscheinen; er enthalte durchaus keine Beschränkung und Schädigung des Weinhandels. Vergleiche mit Bayern können nicht angestellt werden, da dort die Kontrolverhältnisse ganz andere seien, in Elsaß-Lothringen gehe die Kontrole viel weiter als bei uns, da der Regierung in der Kontrole gar keine Schranken gesetzt seien. Ein Widerspruch zwischen den jetzigen Anschauungen der Regierung und jenen im Jahre 1882 bei Schaffung des Weinsteuergesetzes sei nicht vorhanden, die dort theoretisch für nothwendig gehaltenen Bestimmungen seien jetzt eben in's Praktische übersetzt worden. Ohne den § 13 sei das Gesetz undurchführbar, wenn er deshalb nicht angenommen werden sollte, werde die Regierung das Gesetz für werthlos halten, weßhalb er bitte, den Antrag Schlosser abzulehnen. Nach Fall dieses § 13 habe auch der weitere Antrag auf Erhöhung der Strafsätze von 1000 auf 5000 M. und von 5000 auf 10,000 M. keinen Werth. Er bitte daher um unveränderte Annahme der Gesetzesvorlage.

Abg. Klein-Weinheim ist ebenfalls für Beibehaltung des § 13, da eine Kontrole absolut nothwendig sei und nach Fall des § 13 der § 23 des Weinsteuergesetzes von der Regierung mit einer viel empfindlicheren Schärfe angewendet werden würde. Werthlos sei es aber ohne den § 13 nicht, weßhalb er mit und ohne diesen Paragraphen für dasselbe stimmen werde.

Abg. Blankenhorn glaubt, das Gesetz werde auch ohne den § 13 seine Wirkung ausüben und sei deßhalb auch ohne diesen Paragraphen annehmbar.

Abg. Rüdt glaubt, daß auch im Schatz des Rebbaues Maß gehalten werden müsse, daß auch auf die anderen Bevölkerungsklassen, namentlich die ärmeren, Rücksicht zu nehmen ist. Gerade die schlechten Weinjahre machten den Kunstwein zu einem Bedürfniß, wenn er nun fabrizirt werden dürfe, müsse allerdings eine Kontrole darüber geführt werden, daß er auch gesund sei, es gebe ja gesunden Kunstwein und er hoffe, daß der gesunde die Regel und nicht die Ausnahme bilde. Principiell sei seine Partei gegen jede Konsumsteuer, er könne im vorliegenden Falle sich daher höchstens für einen Steuersatz von 6 Mk. entschließen. Da eine zu peinliche Kontrole der Herstellung eines guten Weines im Wege stehe, stimme er auch für den Antrag Muser. Zur Unterscheidung von Kunst- und Naturwein hätte er es für angezeigt gehalten, wenn die dem Hause angehörenden Weinhändler und Fabrikanten ihre verschiedenen Sorten zum Versuch zur Verfügung gestellt hätten, dann wäre eine heitere weinseligere Stimmung in's Haus gekommen.

Abg. Rapp kann mit dem Kollegen Wittmer in der günstigen Beurtheilung über die Verhältnisse in der bayerischen Pfalz nicht übereinstimmen. Es gebe dort allerdings viele reiche Leute, aber auch viele arme. Den Reichthum hätten erstere aber nicht blos durch die Weinverbesserung, sondern auch durch die Weinfälschung erworben, die dort, wie nirgends sonst betrieben werde. Die Folgen machen sich auch in den benachbarten badischen Orten bemerkbar. Reiche Weinhändler hätten darunter allerdings nicht zu leiden, die fahren in die Pfalz, holten sich dort billigen Wein, und wenn er einer Verbesserung bedürfe, könnten sie das daheim besorgen, die armen Leute seien aber auf die geschmierten Pfälzer Weine angewiesen. Da in Folge der Reichsgesetzgebung ein Verbot dieser Kunstweinbereitung und Verbesserung nicht erlassen werden könne, stimme er für alle Bestimmungen, welche diese Fabrikation beschränken.

Abg. Schlosser vertheidigt nochmals seinen Antrag auf Abänderung des § 13.

Abg. Keller meint, man solle die Gesetzesvorlage zurückziehen, bis eine praktischere Veranlassung dazu vorliege, wenn einmal viel Wein wachse. Das Gesetz nütze unserem Weinbau nichts, schädige aber unseren Weinhandel.

Nach einem Schlußwort des Abg. Pfefferle wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion begründet Abg. Schuler zu § 1 nochmals seinen Antrag auf Erhöhung des Steuersatzes von 6 bis 10 M. insbesondere hinweisend auf die sehr billige Herstellung des Kunstweines. Verdrängen wolle er den Kunstwein nicht, aber eine intensivere indirekte Hilfe der Rebbauern halte er für nothwendig. Die rosige Hoffnung des Abg. Pfefferle auf den großen diesjährigen Herbst könne er nicht theilen, wir müßten froh sein mit einem Mittelherbst, denn die Aussichten seien nicht günstig.

Abg. Schätzgen unterstützt den Abg. Schuler und gibt Aufschluß über die Herstellung des Kunstweins, die eine sehr einfache sei und keine Kenntnisse erfordere. Gegenwärtig werde er in der Regel aus Rosinen hergestellt, die in dritter Hand pro 100 Kilo 30 Mk. kosten und zu einem Quantum Wein von 600 Liter ausreichen. Das gebe aber noch den besseren Kunstwein, zu geringeren Qualitäten werde ein Material verwendet, wovon 100 Kilo kaum 18—20 Mk. kosten, dabei wird aus den zurückbleibenden Trebern noch Branntwein gebrannt. Man sehe daraus, daß die Herstellungskosten des Kunstweines sehr gering seien. Er halte sogar eine vollständige Beseitigung der Kunstweinfabrikation für sehr vortheilhaft, andernfalls möge die Regierung dem kleinen Mann mit Recepten zu einer vernünftigen Kunstweinbereitung als Haustrunk an die Hand gehen.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Ettlingen, 16. Mai. Tagesordnung der am Donnerstag, den 19. Mai, Vormittags 9 Uhr, beginnenden Schöffengerichtssitzung: Die Strafsache: 1. gegen Jakob Friedrich Großmann, Müller von Worth, wohnhaft in Ettlingen, wegen Hausfriedensbruchs; 2. gegen Otto Göttig, Landwirth von Ettlingenweier, wegen erschwerter Körperverletzung, 3. gegen Christian Eckert, Schneider von Dürrenzimmern, und Karl Wang, Schneider von Dietlsheim, beide z. Zt. in Ettlingen, wegen erschwerter Körperverletzung und Verübung von Thätlichkeiten, 4. gegen Jakob Karn, Taglöhner von Durmersheim, wegen erschwerter Körperverletzung.

Mannheim, 16. Mai. Eine kleine Schlacht wurde laut „Strafb. Bot" gestern in früher Morgenstunde im Schloßgarten dahier zwischen 10 Schneider- und Schlossergesellen und der Schutzmannschaft ausgefochten. Die zehn Burschen machten eine sogenannte Walkur, wobei natürlich das übliche Gebrüll und Gejohle nicht fehlte. Als die Burschen vom Schutzmann Griesbaum zur Ruhe aufgefordert wurden, geriethen sie über diese Zurechtweisung derart in Zorn, daß sie gemeinschaftlich über den Schutzmann herfielen, ihn zu Boden schlugen und auf das Schwerste mißhandelten. Griesbaum erhielt hierbei nicht weniger als sechs Stiche, von denen einige lebensgefährlicher Natur sind. Erst als mehrere andere Schutzleute zur Hülfe herbeieilten, gelang es der Polizei, welche blank gezogen hatte, sich der Rotte zu bemächtigen und dieselbe dingfest zu machen. Griesbaum liegt schwer darnieder. Auch die übrigen Schutzleute sowie einige der Burschen erlitten Verletzungen. Ueberhaupt wurde in den letzten zwei Nächten in unserer Stadt eine große Anzahl von Körperverletzungen, Thätlichkeiten u. s. w. verübt und gelangten wegen dieser Roaze seit Samstag Abend nicht weniger als 50 Personen zur Haft. Mannheim wird eben Großstadt.

□ **Eberbach,** 16. Mai. Der diesjährige Pioniertag der ehemaligen badischen Pioniere, welcher, wie größtentheils bekannt, durch Beschluß der vorjährigen Versammlung in Mannheim nunmehr in Eberbach a. N. stattfindet, ist von dem Komitee daselbst auf Sonntag, den 19. Juni, festgesetzt. Alle Vorbereitungen zu diesem Feste sind von dem Festkomitee soweit getroffen, so daß den sich betheiligenden Kameraden ein vergnügter Tag mit reichem Programm in Aussicht steht.

Sinzheim, 15. Mai. Letzten Freitag Nacht wurde in der Kapelle zu Schiftung eingebrochen und der Opferstock zu plündern versucht, was aber nicht gelingen wollte. Jedenfalls würde der Raub dem Einbrecher auch sehr wenig eingetragen haben, denn man ist durch Vorkommnisse dieser Art längst gewitzigt worden und die Opfergelder werden nicht mehr so lange liegen gelassen, daß sie einem Dieb von besonderem Vortheil sind. Solche öfter vorkommende Einbrüche lassen übrigens ebenfalls „tief blicken".

Bühl bei Offenburg, 15. Mai. Die Nachricht Ihres Blattes, als sei Herr Pfarrer Schäffer in Weisch auf die hiesige Pfarrei präsentirt, hat sich nicht bestätigt. Wie wir aus sicherster Quelle erfahren haben, hat sich der genannte Herr um diese Pfründe gar nicht beworben. Wie uns sodann von Freiburg mitgetheilt wird, ist unsere Pfarrei dem bekannten Schriftsteller, Herrn Geistlichen Rath Dr. Rolfus in Gaisbach am Kaiserstuhl übertragen worden.

Kehl (Dorf), 16. Mai. In der verflossenen Nacht hat ein hiesiger, nicht gut beleumundeter, 17 Jahre alter Taglöhner, Baumert, vor dem hiesigen Gasthause zur „Post" einen anderen jungen Burschen von Sandheim erstochen, wie man hört, ohne nennenswerthe Veranlassung. Der Thäter ist verhaftet; er soll geständig sein.

Badenweiler, 14. Mai. Bei den Fundamentgrabungen zur neuen Kirche wurden gewaltige römische Mauerreste gefunden, welche auf einen großen Bau schließen lassen. Einstweilen ist erst ein kleiner Theil freigelegt. Dieser zeigt eine Rundung. Die Mauern sind in schönen, gleichmäßig behauenen, kleineren Kalksteinen ausgeführt. Die Dicke beträgt 2—3,40 Meter. Wahrscheinlich haben wir einen Tempel vor uns, d. h. unter uns. Die Alterthumsforscher dürften hier sehr Interessantes erfahren.

Von der bayerischen Grenze, 15. Mai. Unsere Nachbarstadt Würzburg prangt gegenwärtig in ihrem schönsten Festgewand; gilt es doch Bayerns Landwirthe, die hier ihre 50. Wanderversammlung abhalten, herzlichen Empfang zu bereiten und gilt es doch, den Prinzen Ludwig von Bayern, der erst neulich in der Kammer der Reichsräthe für Unterfranken und speziell für Würzburg eingetreten, zu ehren. Mit der Wanderversammlung tagt die vierte Unterfränkische Kreisthierschau und ist auch eine große Geflügelausstellung eröffnet. — Gestern Samstag wurde durch den Regierungspräsidenten Grafen von Luxburg die landwirthschaftliche Ausstellung feierlichst eröffnet. Heute Nachmittag 1.55 Uhr traf im strengsten Incognito Prinz Ludwig hier ein und wurde von dem Spalier bildenden Publikum mit stürmischen Hochrufen empfangen. Sein Absteigquartier nimmt derselbe bei Graf Luxburg, woselbst um 4 Uhr feierlicher Empfang der Deputationen der unterfränkischen Mainstädte stattfand. Um 5 Uhr wird die Ausstellung besichtigt. Das Wetter begünstigt das Fest, auf den Straßen wogt die Menge, auf dem Festplatz finden Konzerte statt und herrscht daselbst ein lustiges Leben und Treiben. Morgen früh beginnen die Verhandlungen unter Vorsitz des Prinzen. In strengstem Incognito soll sich der Prinz auch nach Frankfurt begeben, um dort die Mainanlagen zu besichtigen.

Vermischte Nachrichten.

" New-York, 16. Mai. In Butte (Montana) wurden durch einen Erdsturz im Kupferbergwerk „Anaconda" 12 Arbeiter verschüttet; 9 derselben sind todt.

" Cleveland (Ohio), 16. Mai. Während eines Orkans stießen gestern bei Cleves ein Personen- und ein Güterzug zusammen. Fünf Beamte wurden getödtet, mehrere werden vermißt. Bisher sind zwei Schwerverwundete unter den Trümmern hervorgezogen worden. Der Schaden am Material wird auf 100,000 Dollars geschätzt.

Lokales.

Karlsruhe, 18. Mai.

— **Stiftungsfest.** Die allzeit lustigen „Fulder" feierten Montag Abend in der Gerstacht ihr 44. Stiftungsfest. Unter Witz und Humor, welche die Signatur des Abends bildeten, entwickelte sich das Programm, dessen Schluß die hübsche Operette von Nipper: „Insequito" oder „Der Fürst wider Willen" bildete.

— **Einbruch.** In der Spitalstraße wurde in einer Mansardenwohnung eingebrochen und verschiedene Kleidungsstücke entwendet.

Tagesordnung der Strafkammer I. Donnerstag, den 19. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1. Karl Schempp von Welschneureuth wegen Körperverletzung. 2. Friedrich Schappeler von Hausen i. Th., Pauline Schappeler von Winterfulgen und Barbara Hoffmann von Aschhausen wegen Diebstahls bezw. Hehlerei. 3. Karl Fuchs von Neuhausen wegen Kuppelei. 4. Emil Christen von Stettin wegen Thätlichkeiten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Mai. Nachdem offiziös bereits die „Allgemeine Reichskorrespondenz" als Quelle der falschen Nachricht über die Krankheit des Sultans bezeichnet worden, ist gestern, lt. „Frankf. Ztg.", Herr v. Wessiligki Bojadorowitsch von hier ausgewiesen, der als Besitzer oder Hintermann der Reichskorrespondenz gilt. Er hat früher in den Donauländern als russischer Agent eine Rolle gespielt.

Wien, 18. Mai. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Warschau, der Obervolizeimeister verfügte die sofortige Ausweisung von 120 Deutschen und 78 Oesterreichern.

Paris, 18. Mai. Nicht nur das monarchische Komitee für das christliche Frankreich, sondern auch die „Christliche Union" selbst ist aufgelöst worden. Wie es heißt, darf diese auf keinerlei neuen Grundlagen wieder errichtet werden.

Brüssel, 18. Mai. Es verlautet, die Vereinigten Staaten von Amerika drücken der belgischen Regierung den Wunsch aus, daß die internationale Münzkonferenz in Brüssel stattfinde.

Athen, 18. Mai. Nach dem vollständigen Wahlergebniß verfügt Trikupis von 207 Mitgliedern in der neuen Kammer über 170.

Der Herr Richt-Gentlemann,

welcher zur Zeit die „Bad. Landesztg." redigirt, bringt auf den letzten Artikel des „Bad. Beob.", der sich mit seiner Person etwas näher beschäftigt, folgende Erwiderung:

„Der von uns wiederholt in gebührender Weise gekennzeichnete frühere nationalliberale, jetzige ultramontane Redakteur des „Bad. Beob." hat heute erst den Befähigungsnachweis dafür voll erbracht, daß er ein würdiger Schüler Loyola's ist und als Nachfolger des „Rausen" und Leiter des hiesigen Jesuitenblattes ganz am rechten Platze steht, jedenfalls besser, denn als Redakteur der nationalliberalen „Pfälz. Presse". Er ist erbost darüber, daß wir seinem Parteifreunden in der Sonntagsnummer den einzig richtigen Rath ertheilt haben, rechtzeitig für eine Freistelle des Kermsten in Zilmau zu sorgen und wüthet nun in einem längeren Delirium-Anfall gegen den verantwortlichen Redakteur der „Bad. Ldsztg." Er hält ihm in einem auf dem Boden niedrigster geistiger und sittlicher Verwirrung stehenden Artikel sein Sündenregister vor und glaubt, den Redakteur H. am besten damit treffen zu können, daß er ihm mangelnde Schulbildung vorwirft; er spreche bei jeder Gelegenheit „von der Zeit, da er in Berlin Student war" u. s. f. Der Beobachterredakteur R. hat natürlich ein Recht, daran zu zweifeln; den nationalliberalen Kaiserslauterer Redakteur R. aber darf man wohl daran erinnern, daß er sich im Jahre 1888 von demselben Manne, den er jetzt in seiner eigenartigen Manier zu befudeln und zu verdächtigen sich befleißigt, ein Zeugniß über seine sittliche Führung und seine geistigen Fähigkeiten erbat, also damals wohl eine etwas günstigere Meinung von dem Urtheil und dem Bildungsgang des Zeugnißausstellers besaß. Der letzte Vorwurf des R. ist der pöbelhafteste. Man höre: Der R. hat beim H. eines schönen Tages zur Bezahlung einer Hotelrechnung 50 Mk. geliehen, die Letzterer einige Tage darauf wieder zurückgab, auch später dem R. wiederholt dasselbe anthat. Dieses Ereigniß wird nun von dem edlen Männer zu perfiden Beschuldigungen benutzt, auf welche man nur noch mit der Reitpeitsche die richtige Antwort ertheilen kann. Der ganze Artikel des „Bad. Beob." ist nichts, als ein nichtswürdiger persönlicher Angriff, der über die Thatsache hinwegheilen soll, daß der jetzige Redakteur des Blattes Charaktereigenschaften besitzt, die ihn für seine Stellung an der Spitze der Centrumspresse besonders werthvoll machen. Wir verzichten darauf, nach jenem Vorbild hier Näheres über seine Persönlichkeit wiederzugeben, und wir wollen auch die Aeußerungen nicht wiederholen, die der Herr einst bei Betrachtung des Kaiserslauterer Unionsdenkmals über Rom und gewisse andere Dinge gethan hat. Wer von unseren Freunden, oder auch von den Parteigenossen des R., sich näher über ihn informiren will, dem stellen wir unser Material darüber gern zur Verfügung. Im Uebrigen ist für uns an dieser Stelle die Sache abgethan. Der Edle mag ruhig weiter wüthen und noch mehr Proben für seine Reife für Zilmau ablegen; ein Journalist, der seit zehn Jahren im Dienste der Tagespolitik steht und auf eine gleichmäßige, zielbewußte Thätigkeit zurückblicken kann, hat nicht nöthig, sich gegen derartige haltlose Angriffe eines Kautschukmannes weiter zu vertheidigen."

Möglicher hätte die Antwort, die sich auf nichts Thatsächliches erläßt, nicht ausfallen können. Herr Hannemann wird wohl selbst nicht glauben, daß er trotz seiner starken Ausdrücke einem einzigen urtheilsfähigen Mann, einem einzigen Kollegen im ganzen Lande Baden über die Schwäche seiner Position hinwegtäuschen kann. Obgleich eine Erwiderung eigentlich überflüssig ist, mögen doch verschiedene Punkte etwas näher erläutert werden. Was meine dreimonatliche Thätigkeit bei der nationalliberalen „Pfälz. Presse" betrifft, so erkläre ich, daß ich stets meine Ueberzeugung auch unter großen persönlichen Opfern hochgehalten und daß ich bei der „Pfälz. Presse" nie auch nur das geringste Wort gegen die katholische Kirche oder gegen das Centrum geschrieben habe. Zeugen sind event. der Verleger, Herr Emil Thieme, und das Blatt selbst, dessen Jahrgang 1888 Herr Hannemann, wie er einmal bemerkte, ja besitzt. Auf die Frage, ob ich ein Recht habe, an dem Studium des Herrn Hannemann auf der Berliner Universität zu zweifeln, antworte ich mit einem vollständigen Ja. Wenn er aber meint, im Jahre 1888 habe ich eine andere Meinung von ihm gehabt, da ich mir von ihm ein Zeugniß über meine sittliche Führung und geistigen Fähigkeiten erbat, so ist er da vollständig im Irrthum. Ich habe auch im Jahre 1888 stets halb belustigt, halb mitleidig auf ihn herabgesehen — nicht wegen seiner mangelnden Kenntnisse, sondern wegen seiner Schwefeleien und ihr auch nicht um ein Zeugniß über meine sittliche Führung und meine geistigen Fähigkeiten, sondern, da er nun einmal nominell erster Redakteur war — in Wahrheit war der Verleger der ausschließliche Leiter des Blattes — um ein Zeugniß über meine Befähigung als Redakteur ersucht. Daß Herr Hannemann meinen Vorwurf — nicht über seine Kniche bei mir, sondern über sein folgendes Benehmen für pöbelhaft findet, läßt mit Sicherheit in Bezug auf seinen Charakter tief blicken. Aber was soll der Ausdruck besagen, er hätte mir später wiederholt dasselbe angethan? Soll ich ihn auch angepumpt haben? Das wäre doch drollig. Erstens besaß ich Geld genug und zweitens hatte Herr Hannemann nichts als Schulden. Daß der Mann doch das Schwefeln nicht lassen kann! Was ich bei einer Betrachtung des Kaiserslauterer Unions-Denkmals gesagt haben soll, wäre mir sehr interessant zu hören; also bitte, veröffentlichen Sie das, Herr Hannemann. Das Material über meine Person werden sich wohl einige Parteigenossen von mir erbitten; hoffentlich hält Herr Hannemann ihnen sein Wort. Den Ausdruck von der Reitpeitsche finde ich in gewissem Sinne zutreffend, aber er richtet sich gegen meinen jetzigen Gegner selbst. Von allem Unangenehmen, das ich in meiner mehr als dreijährigen Thätigkeit beim „Beob." gehabt, ist mir dieses Vorgehen gegen Herrn Hannemann das Allerunangenehmste. Aber konnte ich anders, nachdem dieser Herr, dem ich in Wahrheit stets ein guter, treuer Kollege gewesen war, gegen mich öffentlich Folgendes schrieb: „Wenn ein Mann von Anstand, Ehre und Charakter eine solche Verkehrung gegen unser Blatt zu richten wagte, so würden wir wissen, was wir dagegen zu thun hätten. Wir kennen aber den Urheber jener Aeußerung im „Beobachter" sehr genau und sind längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß bei ihm keine Spur mehr davon vorhanden ist. Er ist einer der jämmerlichsten und traurigsten Wichte, die uns in unserer ganzen Praxis vorgekommen sind, und aus diesem Grunde verzichten wir auf jeden weiteren Schritt gegen denselben. Er mag unter seiner heuchlerischen Infallibilität nur fortfahren, das „Organ für Wahrheit und Freiheit" mit seiner schwachsinnigen Arbeit zu versorgen. Jeder anständige Mensch wird wissen, was er davon zu halten hat." Damit setzte er mir die Pistole auf die Brust und im Interesse meiner Ehre, die ich ohne den geringsten Flecken wissen will, mußte ich die Sache früher oder später zum Austrag bringen. Gewiß habe ich es nur mit schwerem Herzen gethan, da ich mir bewußt war, nicht nur einem Kollegen, sondern auch bis zu einem gewissen Grade meinen eigenen Stand zu diskreditiren, die ganze Karlsruher Presse, die doch sonst aus ehrenwerthen und gebildeten Männern besteht. Möge Herr Hannemann aus dem Vorfalle die Lehre ziehen, daß der, welcher mit der Ehre Anderer so gewissenlos umspringt, selber keine eigene besitzen kann.

R.

Tagesordnung für die 21. Sitzung der Ersten Kammer auf Donnerstag, den 19. Mai, Vormittags zehn Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über die summarische Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues in den Jahren 1890 und 1891 und des hierfür bestrittenen Aufwandes: Berichterstatter: Frhr. v. Röder. 3. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnbauverwaltung für 1892/93. Berichterstatter: Kommerzienrath Sander. 4. Berathung des Berichts der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Bitten der Gemeinden Offenburg, Kehl und Willstätt, den Bau einer direkten Eisenbahn von Offenburg nach Kehl betr. Berichterstatter: Graf v. Hennin. 5. Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Gemeinderaths Schiltach die gutthatsweise Entschädigung der durch die Gant des früheren Eisenbahnbauunternehmers Rößger in Schiltach Geschädigten betr. Berichterstatter: Frhr. v. Rüdt.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 16. Mai. (Fettviehmarkt.) Es waren beigetrieben: 19 Stück Ochsen, 429 Stück Schmalvieh, 18 Stück Farren, 109 Stück Kälber, 217 Stück Schweine, 55 Stück Milchkühe, 3 Stück Schafe. Die Preise stellten sich per 100 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen 1. Qual. 140——, 2. Qual. 136—— Mk., Schmalvieh 1. Qual. 132——, 2. Qual. 124—— Mk., Farren 1. Qual. 108——, 2. Qual. 104—— Mk., Kälber 1. Qual. 140——, 2. Qual. 130 bis — Mk., Schweine 1. Qual. 120——, 2. Qual. 114—— Mk., Milchkühe 480—175 Mk., Durchschnittspreis 275 Mk., Schafe per Stück 30—— Mk. Zusammen 850 Stück.

Frankfurt, 16. Mai. Der heutige Viehmarkt war mit 370 Ochsen, 19 Bullen, 426 Kühen, Rindern und Stieren, 238 Kälbern, 207 Hämmeln und 582 Schweinen befahren. Die Preise stellten sich wie folgt: Ochsen 1. Sorte 64—68, 2. Sorte 56—62 Mk., Bullen 1. Sorte 48—45, 2. Sorte 40—42 Mk., Kühe, Rinder und Stiere 1. Sorte 54—58, 2. Sorte 42—48 Mk. Preis für 50 Kilo Schlachtgewicht. Kälber 1. Sorte 63—68, 2. Sorte 50—55 Pfg., Hämmel 1. Sorte 62—64, 2. Sorte 40—48 Pfg., inländische Schweine 1. Sorte 58—60, 2. Sorte 55—57 Pfg. Alles für ein Pfund Schlachtgewicht.

Frankfurt, 17. Mai. Wiewohl heute bei Eröffnung des Verkehrs von Berlin flaue Kurse einliefen, so nahm doch die Börse einen freundlichen Verlauf und die meisten Gebiete konnten eine steigende Bewegung einschlagen und durch einen regeren Verkehr thaten sich ganz besonders Montanwerthe und von Schweizerbahnen Gotthardbahnaktien hervor, deren Festigkeit später auch dazu führte, die Gesammttendenz günstig zu beeinflussen. Der Grund zur Steigerung der Montanwerthe liegt zum Theil darin, daß das flottante Material knapp geworden ist und daß eine einigermaßen starke Nachfrage zu einer Besserung der Preise führen muß, zum Theil auch darin, daß nach Berichten aus England dort fühlbarer Mangel an Gaskohle eingetreten sei. Gelsenkirchener gingen bei großen Umsätzen mit einer Besserung von $2^1/_4$% aus dem Verkehre hervor. Auf den Kurs dieses Papiers wirkte namentlich die Nachricht stimulirend, daß auf einem Schachte der Gewerkschaft Monopol, wovon die Gelsenkirchener Gesellschaft fast alle Kuxe besitzt, zwei Gaskohlenflötze durchteuft wurden, welche ein gewinnbares Kohlenquantum von über 10 Millionen Tonnen bergen sollen. Von Schweizerbahnen erhöhten Gotthard ihren Kurs auf den günstigen Aprilausweis. Die übrigen Werthe dieses Gebietes blieben unbeachtet. Der Bankenmarkt war schließlich ebenfalls befestigt. Am Markte der ausländischen Renten waren Türken auf Paris abgeschwächt und Griechen anziehend. Deutsche Anlagewerthe fest aber ruhig. Oesterreichische Bahnen still. Staatsbahn fest. Lombarden schwach. Böhmische Transportwerthe behauptet. (Frankf. Jour.)

Ungarische 100 fl.-Loose vom Jahre 1870. Ziehung am 14. Mai. Auszahlung am 15. Novbr. 1892. Gezogene Serien: Nr. 106 380 408 423 425 462 513 529 667 745 748 759 936 1003 1161 1168 1450 1821 2018 2036 2167 2410 2425 2453 2562 2651 2877 3126 3482 3608 3769 3805 3829 3836 3861 3866 3970 3991 4052 4074 4628 4653 4694 4769 4785 4896 4945 4989 5104 5673 5713 5996. — Hauptpreise: Serie 2425 Nr. 1 120,000 fl. Serie 4628 Nr. 40 12,000 fl. Serie 3836 Nr. 27 5000 fl. Serie 3829 Nr. 1, Serie 5713 Nr. 24, Serie 2403 Nr. 28, Serie 2651 Nr. 2 je 1000 fl. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 16. Mai. Friedrich Schweikert von hier, Pfarrer in Palmbach, mit Johanna Leibfried von Daubenzell. — 17. Mai. Paul Hartmann von Rothenfels, Küfer hier, mit Luise Krieg von Großeicholzheim.

Geburten: 11. Mai. Paula Bertha, Vater Heinrich Drexler, Küfer. — 13. Mai. Josef, Vater Max Fortlouis, Kaufmann. — 14. Mai. Paula Hedwig, Vater Lorenz Engel, Handelsmann. — Franz Josef, Vater Franz Bissert, Former. — 17. Mai. Albert, Vater Karl Brauer, Bahnhofarbeiter.

Todesfälle: 15. Mai. Rufina, alt 1 Jahr 17 Tage, Vater Leo Götz, Taglöhner. — Theodor Henkes, Fabrikarbeiter, ein Ehemann, alt 24 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Baden: Karoline Katzenbach, geb. Schuh, 31 J.
Freiburg: Albert Sutter, Kaufmann, 32 J. — Jakob Kränzle, Taglöhner, 58 J. — Leander Engelberger, Geometergehilfe, 60 J.

Für den **Waldhüter und Meßner Martin Keller in Aselfingen,** welcher durch Bergrutsch in schwere Noth gerathen ist (vergl. Aufruf des Herrn Pfarrverwesers Wickenhauser in Nr. 110 ds. Bl.) sind bei der Unterzeichneten eingegangen:

Bisher 21 Mk. Aus dem Pfarrhaus in Bimbuch 5 Mk., A. Hofner 3 Mk., Jos. Wurth in Zusenhofen 10 Mk., Ungenannt 5 Mk., von Ungenannt 2 Mk. Zusammen 44 Mk.

Wir bitten um weitere milde Gaben.

Die Expedition des „Badischen Beobachters".

Offenburger Pferdemarkt-Loose
à 2 Mk., auswärts 2 Mk. 20 Pfg. franko,
Expedition des „Bad. Beobachters" in Karlsruhe.

Lager
vollständiger Betten, sowie
eiserner Bettstellen
für Kinder und Erwachsene,
Matratzen, Bettbezüge,
Federn, Flaum und Rosshaare.
Uebernahme von **Braut-** und
Kinder-Ausstattungen.
Heinrich Cramer,
10.8 188 Kaiserstrasse 188.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Erbprinzenstr. H. 24 68

Bodega.
Frühstücksstube.
Kaiser-Passage 22/24.
Glasweiser Ausschank
fst. Süd-Weine.
Verkauf einzelner Flaschen.
Geöffnet von früh 7 bis Abends 11 Uhr.
10.4 Hübsche Lokalitäten.
Aufmerksame Bedienung.

Geschäfts-Empfehlung.
Unterzeichneter empfiehlt sich in allen in sein Fach einschlagenden **Maler-, Tüncher-** und **Zimmertapezierarbeiten,** bei bester Ausführung zu billigsten Preisen. 10.1
Karl Neininger,
Adlerstraße 28.

D. W. Windecker,
14 Akademiestraße 14, Karlsruhe.
Verpackung von Fracht- und Umzugsgut, Transport von Mobilien, Gütern und Spedition nach allen Orten unter Garantie für gute Ankunft. Aufbewahrung in hellen, trockenen Räumen. 40.13
Spezialgeschäft,
gegründet 1864.
Ausführung von Uebersiedelungen von Ort zu Ort mit **Möbelwagen, per Schiff und Eisenbahn ohne Umladung.**
Solide Preise. Gute Bedienung. Volle Garantie. Referenzen von hohen und höchsten Herrschaften.

Cigarrenarbeiter-Gesuch.
Tüchtige, gewandte **Roller,** sowie **Wickelmacher** werden in eine auswärtige Fabrik gesucht. Anträge nebst Zeugnissen erbeten unter **Nr. 95** an die Expedition dieses Blattes.

Tapezier-Lehrling.
Ein braver Knabe, welcher das Tapezier- und Dekorations-Geschäft gründlich erlernen will, kann eintreten bei **G. Bilger,** Tapezier, Erbprinzenstraße 10. 3.3

Vereine.

Gewerbeverein: Mittwoch, 18. Mai, Abends 8 Uhr, im Gartensaale des Hotel Stoffleth, Monatsversammlung.

Alpenverein: Samstag, den 21., und Sonntag, den 22. Mai, gemeinschaftlicher Ausflug der südwestdeutschen Alpenvereinssektionen nach Ottenhöfen, Edelfrauengrab, Allerheiligen, Zuflucht und Oppenau.

Männerturnverein: Samstag, den 21. Mai, im Kolosseumssaale der Brauerei Schrempp Festbankett mit Aufführungen.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 19. Mai. 69. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: **Unerreichbar.** Lustspiel in 1 Akt von Adolf Wilbrandt. — **Der Venusdurchgang.** Lustspiel in 1 Akt von Paul Heyse. — **Das Schwert des Damokles.** Schwank in 1 Akt von G. zu Putlitz. Anfang 7 Uhr.

Colosseum-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai, Anfang 8 Uhr.
Zum letzten Male:
Kyritz-Pyritz.
Große Posse mit Gesang.

Großh. Badische Staatseisenbahnen.

Die Verkehrszeiten der im Fahrplane für den Sommerdienst 1892 auf der Strecke **Karlsruhe—Maxau** vorgesehenen Badezüge nach Bedarf Nr. 309 und 308 werden hiermit wie folgt abgeändert:

Zug Nr. 309:		Station		Zug Nr. 308:
11^{20}	ab	**Karlsruhe** Hauptbahnhof	an	12^{45}
11^{27}	ab	Mühlb. Thor	ab	12^{40}
	ab	**Mühlburg**	ab	12^{33}
11^{40}	an	**Maxau**	ab	12^{20}

Karlsruhe, den 16. Mai 1892.

Generaldirektion.

St. Franziskushaus.

Den verehrlichen Freunden und Wohlthätern unseres Hauses die ergebene Mittheilung, daß nächsten **Freitag, den 20. d. M., Abends 7 Uhr,** im **Saale des Gesellenvereines,** Sophienstraße 58, von den Schülerinnen unserer Arbeitsschule die Aufführung

„Die hl. Agnes"

stattfindet, wozu freundlichst einladet **Die Vorsteherin.**

Patent in allen Staaten angemeldet. Patent in vielen Ländern schon ertheilt.

Kathreiner's
Kneipp-Malz-Kaffee
mit Aroma und Geschmack des echten Bohnenkaffee
ist der beste, wohlschmeckendste und gesündeste Kaffee-Zusatz,
ausserdem im Gebrauch der billigste.

Reiner Malz-Kaffee ist ein vorzügliches Getränk, besonders für Frauen, Kinder, Blutarme, Nervenleidende etc.
Hauptsache richtige Zubereitung:
die Körner mahlen und mindestens 5 Minuten kochen.
Wird niemals lose verkauft, sondern nur in Original-Packeten mit nebenstehender Schutzmarke.
Verkaufs-Preis: **45 Pfg.** 1 Pfd.-Packet, **25 Pfg.** ½ Pfd.-Pack. **10 Pfg.** Probe-Packet à ca. 100 gr.
Zu beziehen durch die Colonialwaaren- und Droguen-Handlungen.
● **Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken** ●
Berlin — **MÜNCHEN** — Wien.

Wiener Schuhwaaren-Lager
S. Illig,
Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,
empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:
Herren-Zug- und **Schnürstiefel** in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4,50 an,
Herren-Zug- und **Schnürschuhe** in verschiedenen Sorten,
Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an,
Damen-Zug-, Knopf- und **Schnürstiefel** in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.
Damen-Knopf- und **Schnürschuhe** von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten,
Knaben-, Mädchen- und **Kinder-Stiefel** und **Schuhe.**
Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Schlappen.**
Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Lacke, Lederöle, Schuhlöffel, Knöpfe, Stiefel-An- und **Auszieher** u. s. w. 20
Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.
Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.

Allgemeine Versorgungs-Anstalt
Errichtet 1835. **Karlsruhe.** Erweitert 1864.
Lebensversicherung.
78 Millionen Mark Vermögen. 5.2
67072 Versicherungen über **275 Millionen** Mark Kapital.
Günstige Bedingungen. Niedere Beiträge. Ganzer Überschuß den Versicherten.
Dienstkautionen an Beamte. Versicherung gegen **Kriegsgefahr.**

Kronenstraße 25, Christ. Oertel, Filiale: Werderstraße 48,
empfiehlt **zu ganz ausnahmsweise billigen Preisen** im
Ausverkauf
sämmtliche **Neuheiten in Damenkleiderstoffen, Buckskins, Manufakturwaaren und Aussteuer-Artikeln.**
8.1 **Reste jeden Maaßes weit unter Preis.**

Bilder- und Spiegelrahmenfabrik
von
Anton Jägel,
38 Spitalstraße 38, am Spitalplatz,
empfiehlt sich im Einrahmen von Bildern aller Art bei solider Ausführung und billigster Preisberechnung. **Große Auswahl fertiger Spiegel** in allen Größen und Preislagen. **Bilder vom einfachsten bis zum feinsten Kunstblatt mit und ohne Rahmen. Reichhaltige Auswahl in Photographie-Rahmen, Kruzifixe und Haussegen.** 10.5
Besonders mache ich aufmerksam auf mein großes Lager in **Bilder-Rahmen-Leisten** aller denkbaren Sorten zum Wiederverarbeiten und empfehle solche in Stangen zum billigsten Fabrikpreis.
Anfertigung von Vergolderarbeiten und Neuvergolden alter Rahmen billigst.

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof,
neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.
Herren-Filzhüte, das Neueste,
in allen Farben und Formen, größte Auswahl,
jeder Hut **2.50 Mk.** jeder Hut.
Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.
Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.
Feste Preise. Reelle Bedienung.

Krokodil Karlsruhe.
Donnerstag, den 19. Mai, Abends 8 Uhr:
Krokodil-Concert,
fideler Abend.
Zu diesem ladet höflichst ein
J. G. Stark.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 17. Mai 1892.

Staatspapiere.

Zinsf.	Papier	Kurs
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.80.
3½ „	„ „ „	100.—,
3 „	„ „ „	86 80.
4 „	Preuss. Konsols „	106.80.70
3½ „	„ „ „	100.—,
3 „	„ „ „	86 80.
4 „	Bayer. Abl.-Rente fl.	102 50.
4 „	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105 10,68
4 „	Badische Obligationen fl.	102 —,
4 „	„ v. 1886	104,8 90
4 „	Oest. St.-Sch. Goldfl.-Eisenb.	—
4 „	„ Goldrente fl.	95,70
4½ „	„ Silberr. „	80.90.80
4⅕ „	„ Papier. „	81.10,
4 „	Ungar. Goldrente „	93.70,
5 „	„ Papierrente	86.90,80
4½ „	Portugies. Staatsanl.	39.90,
4½ „	„ Tabak-Anl.	77.80.
3 „	„ Anl. (Kl.)	28.60.50
5 „	Russ. Gold-Anleihe fl.	104.50 10
4 „	Span. ausl. Rente	63.90.
4 „	Italien. Rente	90,80.
5 „	Serbien, Goldrente	82.80.40
5 „	Serbien, st. K. Hyp. Obg.	82.—.

Bank-Aktien.

Zinsf.	Papier	Kurs
4½ %	Deutsche Reichsbank	148.70.
4 „	Badische Bank	113 90.
4 „	Darmstädter Bank	—
5 „	Oest. Kreditb. (Ultimo)	263¾
4 „	Rhein.	118.70,
4 „	Deutsche Bank	159.70,60
4 „	Deutsche Union-Bank	76,10,

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

Zinsf.	Papier	Kurs
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	40.90
4 „	Hessische Ludwigsb.	111 80 90
4 „	Ludwigsh.-Bexbach fl.	231 50
4½ „	Pfälzer Maxbahn	140 70.50
	Nordbahn	111 60

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

Zinsf.	Papier	Kurs
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	75½
5 „	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	254¾,1¼
5 „	Nordwestb. fl.	181¾
4 „	Lit. B. Elbthal	209¼,½
5 „	Schweiz. Centralb. Fr.	126 30 50
4 „	Gotthardbahn	137.30 70

Prioritäten.

Zinsf.	Papier	Kurs
5 %	Albrecht ö. W. 300 fl.	—
5 „	„ in Gold 400 M.	105,80.
5 „	Oesterr. Südbahn	104 10 64
3 „	„ „ 1871	61.70,
5 „	„ Ung.-Staatsb. 1873	107.10,
3 „	„ Staatsb. 1.—8. Em.	85,20.
3 „	„ „ 9. Em.	83,20 10
3 „	„ „ Ergänz.	82 50,
5 „	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.90 70

Verzinsliche Anlehens-Loose.

Zinsf.	Papier	Kurs
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.	135.80.
4 „	Bayerische 100 Thlr.	142.20.
4 „	Badische 100 Thlr.	138.90.
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128,40.
4 „	Oldenburger 40 Thlr.	130,—.
3 „	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	134.10,
5 „	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	127.40.50

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Papier	Kurs
Braunschweiger 20 Thlr.	104 90,80
Augsburger 7 fl.	29 90.
Ansbacher 7 fl.	42.70.
Meininger 7 fl.	26.27.90
Pappenheimer	29.50.
Freiburger 15 Fr.	32 50.
Mailänder 45 Fr.	—
„ 10 Fr.	19,—.

Wechsel. K. S.

Platz	Kurs
Amsterdam 100 fl.	168,85.
Antwerpen 100 Fr.	81,05,1
Schweiz 100 Fr.	80,95,90
Wien 100 fl. ö. W.	170,40
Paris 100 Fr.	81.10 15
London	20,41.

Pfandbriefe.

Zinsf.	Papier	Kurs
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100,80.
3½ „	„ „	95,80.
4 „	Bayer.	102.50.
4 „	Württemb.	102 80 90

Verfallene Coupons.

Papier	Kurs
Oesterr. Papier	170.10,
Amer. U. St.- u. R. B.	4,19¾

Goldsorten.

Sorte	Kurs
20-Franken-Stücke „	16.22—20
„ „ in ½	16.22—19

Verantwortlich für den redaktionellen Theil J. Rüttgers. — Für Haus- und Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstr. 42. H. Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg